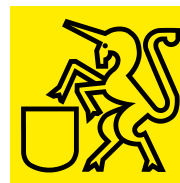




15. Sitzung des Gemeinderates (Doppelsitzung)

Datum, Zeit	Montag, 11. Dezember 2023, 19:00 Uhr bis 22:29 Uhr
Ort	Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Patrick Schärli (die Mitte/EVP), Gemeinderatspräsident
Anwesend	40 Gemeinderatsmitglieder
Protokoll	Edith Bohli, Gemeinderatssekretärin
Stimmzählende	Alexandra Freuler (SP) Oliver Kellner (Grüne) Sarah Steiner (SVP)



Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollgenehmigung der 14. Sitzung vom 6. November 2023
3. Budget 2024 / Genehmigung
GR Geschäft Nr. 38/2023
4. Postulat Flavia Sutter (Grüne) und 9 Mitunterzeichnende „Schutz der Artenvielfalt“ / Antrag auf Abschreibung
GR Geschäft Nr. 99/2019

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) begrüsst zur 15. Sitzung der Legislatur 2022-2026.

Die Einladung zur heutigen Sitzung mit der Traktandenliste ist gemäss Artikel 46 von der Geschäftsordnung vom Gemeinderat rechtzeitig verschickt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht worden. Die Akten zu den Geschäften sind zur Einsicht bereitgestanden.

Es gibt keine Änderungsanträge zur Traktandenliste, womit diese als genehmigt gilt. Für die Sitzung hat sich niemand entschuldigt. Es sind somit 40 Gemeinderatsmitglieder anwesend.

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) verabschiedet Sandro Bertoluzzo (FDP), welcher seit 2014 Ratsmitglied ist und während seiner Amtszeit Mitglied der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte und später der Kommission für Schulgeschäfte war. Zudem war er ab 2015 Mitglied des Büros und im Amtsjahr 2017/2018 hat er den Rat präsiert. Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) dankt Sandro Bertoluzzo (FDP) für seinen grossen Einsatz für den Gemeinderat Dübendorf.

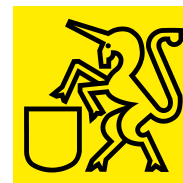
Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) informiert darüber, dass der Gemeinderat mit grossem Bedauern von der Kündigung der Ratssekretärin Edith Bohli Kenntnis nehmen musste. Sie wird noch bis im April für die Stadt Dübendorf im Einsatz stehen. Bis dahin freut er sich über die weitere Zusammenarbeit.

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) gratuliert Eveline und Lukas Schanz (SVP) zur Geburt von Tochter Ladina und wünscht ihnen viel Freude an der Elternrolle und genügend Schlaf.

Der Stadtrat hat seit der letzten Sitzung dem Gemeinderat folgendes Sachgeschäft überwiesen:

- Fussballclub Dübendorf (FCD), Finanzielle Unterstützung 2023 - 2027

Das Geschäft wird von der GRPK vorberaten.



Beim Ratsbüro ist vom Stadtrat eine Antwort auf folgenden politischen Vorstoss eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Rafa Tajouri (FDP) «Auswahl des Genossenschaftspartners für das Projekt Leepünt»

Die schriftliche Anfrage ist mit der Beantwortung durch den Stadtrat abschliessend behandelt.

Neu eingereicht worden sind seit der letzten Sitzung folgende Vorstösse:

- Schriftliche Anfrage Flavia Sutter (Grüne) zur Neuorganisation der Stadtverwaltung
- Interpellation Theo Johner (die Mitte/EVP) und 4 Mitunterzeichnende zur Umstrukturierung in der Verwaltung und zum neuen Organigramm
- Schriftliche Anfrage Tanja Boesch (die Mitte/EVP) betreffend Tiefbauamt

Die schriftlichen Anfragen sind an den Stadtrat zur Beantwortung überwiesen worden. Die Interpellation ist an der letzten Bürositzung formell geprüft und für gültig befunden worden. Auch sie wurde dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

Fraktions- und persönliche Erklärungen

Es sind keine Fraktions- oder persönlichen Erklärungen angekündigt worden.

2. Protokollgenehmigung der 14. Sitzung vom 6. November 2023

Zum Protokoll der 14. Gemeinderatssitzung vom 6. November 2023 sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es gilt somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung als genehmigt.

3. Budget 2024 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 38/2023

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) erläutert den Verhandlungsablauf und das Abstimmungsverfahren:

"Eine eigentliche Eintretensdebatte gibt es nicht, da das Eintreten beim Budget obligatorisch ist. Ich schlage jedoch vor, dass wir, bevor wir in die Detailberatung einsteigen, eine allgemeine Diskussion durchführen, dabei können generelle Aussagen zum Budget vorgebracht werden. Äusserungen zu einzelnen Änderungsanträgen bitte ich euch dann an der entsprechenden Stelle in der Detailberatung vorzubringen.

Nach der allgemeinen Diskussion folgt die Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten in der Erfolgsrechnung sowie in der Investitionsrechnung. Wenn zu einem Abschnitt keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt.

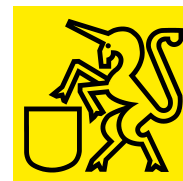
Nach der Detailberatung über die Erfolgs- und die Investitionsrechnung findet jeweils eine Zwischenabstimmung über die bereinigte Erfolgsrechnung bzw. über die bereinigte Investitionsrechnung statt. Anschliessend befassen wir uns mit der Höhe des Steuerfusses. In einer Schlussabstimmung wird dann gesamthaft über die Annahme bzw. Ablehnung vom Budget abgestimmt."

Gegen dieses Vorgehen erhebt niemand einen Einwand.

Generelle Diskussion

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Wie sieht jetzt das Budget der Stadt Dübendorf für 2024 aus?"



Man kann wiederum festhalten gut, weil positiv, denn prognostiziert ist ein Ertragsüberschuss von rund CHF 100'000, also eine schwarze Null, und das bei einem Gesamtaufwand von CHF 245,84 Mio. und einem Gesamtertrag von CHF 245,94 Mio. Im Budget enthalten ist eine Vorfinanzierung der Schulhäuser Three Point und Birchlen in der Höhe von netto CHF 27,58 Mio.

In der Medienmitteilung vom 25. September zum Budget 2024 prognostizierte der Stadtrat anhand der Hochrechnung für 2023 einen Ertragsüberschuss von 0,37 Mio., anstelle der budgetierten 1,59 Mio. Der Finanzvorstand wird uns in seinem anschliessenden Votum sicher informieren, wie es diesbezüglich aktuell aussieht.

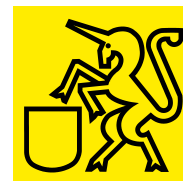
Auf der Folie sehen Sie einen Vergleich der Budgetzahlen 2024 mit denen von 2023. Sowohl der Aufwand als auch der Ertrag sind sprunghaft gestiegen, nämlich um je rund 43 Mio., von 202 auf 245 Mio. Da stellen sich natürlich Fragen. Wie kommt diese Steigerung zustande und wie ist es möglich, trotzdem keinen Verlust zu schreiben?

Zuerst zur Zunahme des Aufwands gegenüber dem letztjährigen Budget. Die Personalkosten sind um rund 6 Mio. höher veranschlagt als 2023. Davon fallen 2,26 Mio. bei der Primarschule an, 2,01 Mio. im Alters- und Spitexzentrum und die restlichen 1,73 Mio. bei der Verwaltung, wovon 0,610 Mio. für Lohnanpassungen vorgesehen sind. Der Transferaufwand erhöht sich um netto 4,55 Mio., die Abschreibungen um 2,56 Mio. und der Sach- und Betriebsaufwand um 2,07 Mio. Zusammen ergibt das eine Aufwandsteigerung von rund 15 Mio. Dazu kommt jetzt noch die Vorfinanzierung von 27.58 Mio. und dann sind die rund CHF 43 Mio. Aufwandsteigerung erklärt.

Da wir bald Weihnachten haben stellt sich Frage, ob auf der Einnahmenseite ein verfrühtes und äusserst grosszügiges Geschenk bekannt geworden ist, dass trotz 15 Mio. Aufwandsteigerung über 27 Mio. für Vorfinanzierungen verwendet werden können. Das Geschenk hat den einen Namen und der heisst Grundstückgewinnsteuern. Dübendorf ist in der sehr glücklichen Lage, dass diese Jahr für Jahr munter sprudeln, im 2024 offensichtlich besonders reichlich, denn es sind nicht weniger als 49 Mio. an Grundstückgewinnsteuern im Budget eingestellt. Das bedeutet gegenüber 2023 ein Plus von 33 Mio. Und dass diese 49 Mio. mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit auch eintreffen, das hat der Stadtrat der GRPK auf Nachfrage bestätigt. Damit ist die Hauptursache der Ertragsteigerung gegenüber dem Budget 2023 bereits genannt. Höher, nämlich um 3,5 Mio., sind auch die ordentlichen Steuern budgetiert. Der Ressourcenzuschuss hingegen wird aufgrund der gestiegenen relativen Steuerkraft um 5,24 Mio. geringer ausfallen als im Vorjahr und noch rund 2,42 Mio. betragen. Auch sind insgesamt 1,71 Mio. weniger Entgelte veranschlagt, davon 0.94 Mio. beim Alters- und Spitexzentrum sowie 1,34 Mio. beim Hochbau, diese begründet mit der Umstellung auf das Bruttoprinzip der Buchführung. Immerhin scheint diese von der GRPK schon lange geforderte Umstellung erfolgt zu sein. Die budgetierten Zahlen insgesamt sind beim Hochbau hingegen nach wie vor unbefriedigend. Die GRPK wird sich bei der Prüfung der Rechnung 2023 mit der neuen Verbuchungsweise und den effektiven Zahlen vertieft auseinandersetzen.

Vorgehen nach dem bewährten Prüfansatz

Die GRPK-Mitglieder haben das Budget individuell geprüft und an zwei Sitzungen wurden die gesammelten Fragen besprochen, bereinigt und dem Stadtrat zur Beantwortung eingereicht. Die schriftlichen Antworten des Stadtrats wurden analysiert und nach einer weiteren Sitzung wurden die Anschlussfragen ebenfalls schriftlich an den Stadtrat gerichtet. Die folgende Sitzung fand dann mit einer Delegation des Stadtrats statt, bei der noch offene Fragen mündlich beantwortet wurden. Eine Woche nach diesem Austausch wurden am 27. November die Änderungsanträge innerhalb der GRPK besprochen, dann zuerst über diese und anschliessend über das Gesamtbudget abgestimmt.



Zur Erfolgsrechnung gibt es 8 Änderungsanträge aus der GRPK. Dazu dann mehr bei der Detailberatung.

Der Nettoaufwand bei der Primarschule nimmt um 3,35 Mio. zu und im Sozialen um 2,59 Mio. Haupttreiber ist in beiden Bereichen die Zunahme der Bevölkerung.

Wesentliche Ursachen der Mehrkosten sind:

Das Lehrer- und Betreuungspersonal muss aufgestockt werden, die Sach- und Betriebskosten steigen, weitere Faktoren sind die demographische Entwicklung, die Teuerung im Gesundheitswesen und die Aufnahme von mehr Asylsuchenden.

Die Auswirkungen der rasant wachsenden Stadt zeigen sich auch bei den Verwaltungskosten in Form von steigenden Personalkosten sowie einem höheren Sach- und Betriebsaufwand. Die GRPK hofft weiterhin, dass die Digitalisierung und die IT-Modernisierung, Effizienzgewinn schafft und dadurch das Stellenwachstum gebremst werden kann.

Enttäuscht ist die GRPK vom Stadtrat, was die Leistungsüberprüfung anbetrifft. Nach wie vor liegt kein Schlussbericht vor und auf die Frage nach den Auswirkungen der Leistungsüberprüfung im Budget 2024 bezeichnet der Stadtrat diese als marginal. Der Auftrag des Parlaments zur Leistungsüberprüfung ist vom Stadtrat aus Sicht der GRPK weder bezüglich Tempo, noch Transparenz zufriedenstellend umgesetzt.

Für Dienstleistungen Dritter sind 10,934 Mio. budgetiert, was einer unerfreulichen Steigerung gegenüber dem Vorjahr von knapp 15 Prozent entspricht. Darin enthalten sind u.a. auch die Kosten für Springer Personal. Der GRPK ist bewusst, dass es aufgrund des angespannten Personalmarktes schwierig ist, zu rekrutieren. Trotzdem ist es wichtig diesbezüglich aktiv zu sein, denn Springer Personal ist rund um den Faktor 1,5 teurer als festangestelltes Personal. Hinsichtlich Dienstleistungen Dritter ist es angezeigt, auch im Hochbau mittelfristig mehr Eigenleistung zu erbringen.

Die Abschreibungen für 2024 sind mit 11,232 Mio. rund 2,5 Mio. höher veranschlagt als im Vorjahr. Grosse Investitionen schlagen erstmals zu Buche, z.B. das Three Point, inklusive Turnhalle, der Speicher sowie umfangreiche Informatikbeschaffungen. Der Trend steigender Abschreibungen wird sich fortsetzen.

Prominentes Thema war nochmals der Teuerungsausgleich für das Personal. Dazu mehr bei der Detailberatung.

Jetzt noch zur Investitionsrechnung.

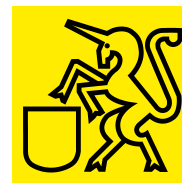
Mit besonderem Fokus auf neue Investitionen und Ersatzbeschaffungen, hat die GRPK die Notwendigkeit und die finanzielle Angemessenheit der budgetierten Ausgaben hinterfragt.

Fragen gab es wiederum zu finanziellen Aspekten der Werkflugplatz Dübendorf WFD AG.

Das Investitionsvolumen im Verwaltungsvermögen beläuft sich im Budget 2024 auf rund 40 Mio. Im Vorjahr waren es 26,40 Mio.

Investiert werden soll u.a.:

- 16,1 Mio. im Bereich Bildung, davon 12,47 Mio. für die Schulanlage Three Point, inkl. Turnhalle
- 9,59 Mio. für den Bereich Kultur und Freizeit, u.a. für das Hallenbad, das Darlehen zugunsten der Sportzentrum Dürrbach AG und dem Speicher bei der Oberen Mühle
- 7,11 Mio. für den Bereich Verkehr sowie
- 2,26 Mio. für das Alters- und Spitexzentrum



Zur Investitionsrechnung gibt es von der GRPK 3 Änderungsanträge. Diese Anträge werden in der Detailberatung vorgestellt.

Auf Seite 5 des Budgets, unter dem Titel Allgemeine Bemerkungen schreibt der Stadtrat, Zitat: «Es gilt aber weiterhin, die wirtschaftlichen Entwicklungen zu überwachen und wenn nötig, rechtzeitig gegebenenfalls erforderliche Massnahmen einzuleiten». Zitat Ende.

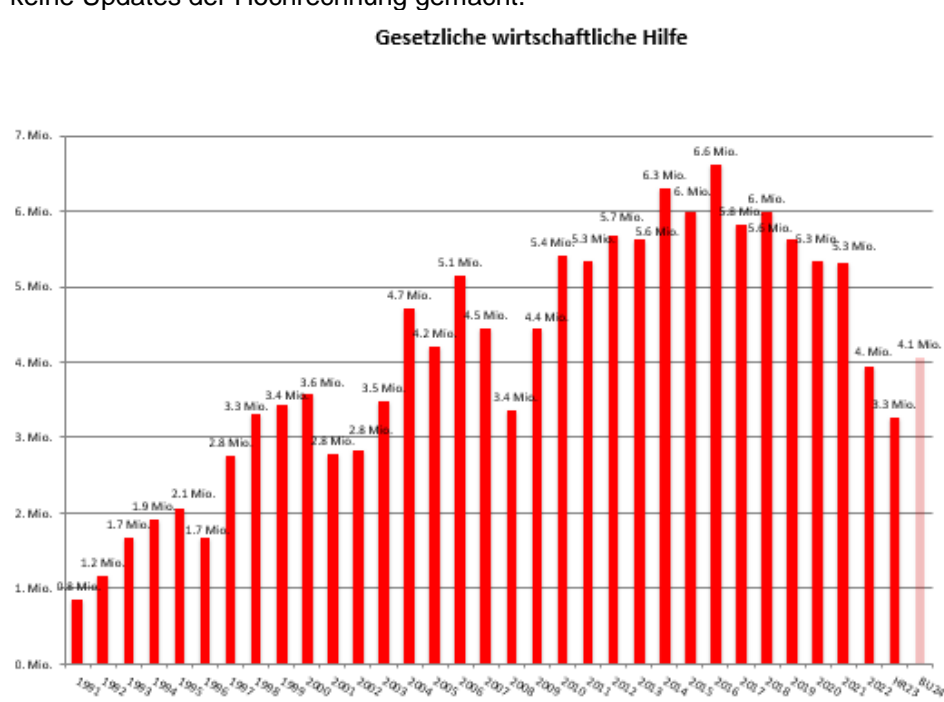
Gemäss Einschätzung des Stadtrats hat Dübendorf das Glück, noch für einige weitere Jahre zweistellige Summen an Grundstückgewinnsteuern einzunehmen. Diese «Quelle» wird nicht ganz versiegen, jedoch mittelfristig deutlich weniger hergeben. Deshalb appelliert die GRPK an den Stadtrat, der Aufwandseite der Erfolgsrechnung hohe Beachtung zu geben.

Für die zeitgerechte und grösstenteils präzise und fundierte Beantwortung der Fragen, sowie die konstruktive Zusammenarbeit, danke ich im Namen der GRPK der Verwaltung und dem Stadtrat."

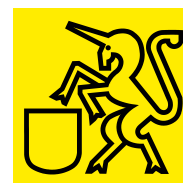
Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

Der Finanzvorstand dankt zunächst dem Sprecher der GRPK für seine Ausführungen, bevor er dann anhand seiner Powerpoint-Präsentation auf ein paar Details auch bezüglich der Annahmen für die Zukunft und des Finanzplans eingeht:

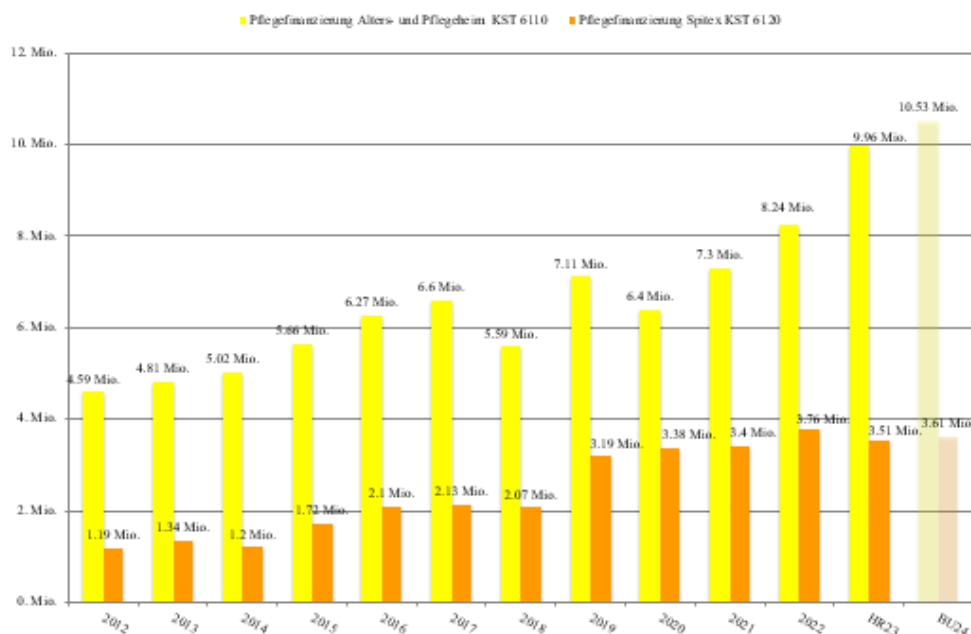
Ein Kostentreiber in der Stadt Dübendorf ist die gesetzliche wirtschaftliche Hilfe. Hier sehen wir in den letzten Jahren doch eine gewisse Entspannung. Ob dies nachhaltig ist, ist schwierig zu sagen. Die Hochrechnung 2023 ist fast rekordtief. Die ist jedoch nur eine Schätzung aus dem August. Es wurden keine Updates der Hochrechnung gemacht.



Wesentlich mehr Sorgen macht die Pflegefinanzierung, was ja eine neue Aufgabe ist, die auf die Gemeinden zugekommen ist. Die Spitalfinanzierung wurde dem Kanton übergeben, die Pflegefinanzierung haben die Gemeinden übernommen.



Pflegefinanzierung Alters- und Pflegeheim und Spitex



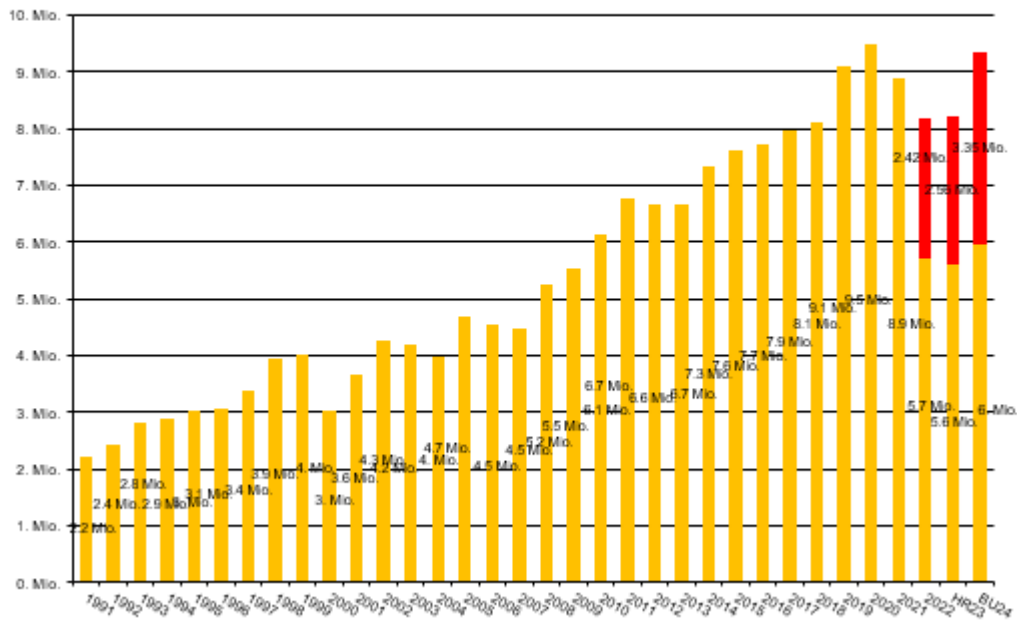
Ich sage nun nichts zum Spital Uster, an dem wir beteiligt sind. Aber eigentlich ist die Regel Spitäler beim Kanton, Pflege bei der Gemeinde. Die Hochrechnung explodiert hier ganz klar gegenüber dem Budget. Das betrifft nicht nur das IMWIL, sondern überall, wo Menschen in der Pflege sind. Und auch das nächste Jahr sieht es hier nicht nach einer Bremse aus. Im Gegenteil. Das sind die Restkosten, die am Schluss über die Pflegefinanzierung abgerechnet werden können, die die Gemeinden tragen müssen. Und hier muss man klar sagen, mit über Fr. 10 Mio. ist das viel Geld und das steigt weiter an. Das wird wahrscheinlich nicht ewig so weitergehen können, da diese Finanzierbarkeit in Frage gestellt ist. Da haben wir als Gemeinde im Moment keine Einflussmöglichkeiten. Das ist die Politik, v.a. die Bundespolitik, die da spricht. Es wird das Geld halt so verteilt, dass alle schauen, dass sie sich schadlos halten und den letzten – das sind eben die Gemeinden, die sind nicht so vertreten in der Gesundheitskommission – beißen die Hunde.

Zu den Zusatzleistungen zu AHV und IV:

Da habe ich vor einem Jahr erläutert, dass wir vom Kanton eine sogenannte Entlastung erhalten haben, indem der Kanton seinen Kostenanteil erhöht hat. Parallel hat der Kanton aber bei der Jugendhilfe uns neue Kosten übertragen. Und wenn man sich hier nun ansieht, wie bereits die Hochrechnung gegenüber dem letzten Budget ansteigt und wie das nächste Jahr budgetiert werden muss, wie gesagt, da haben wir keinen Einfluss. Da wird uns eine Zahl mitgeteilt und die steigt markant an, schon um etwa Fr. 800'000.

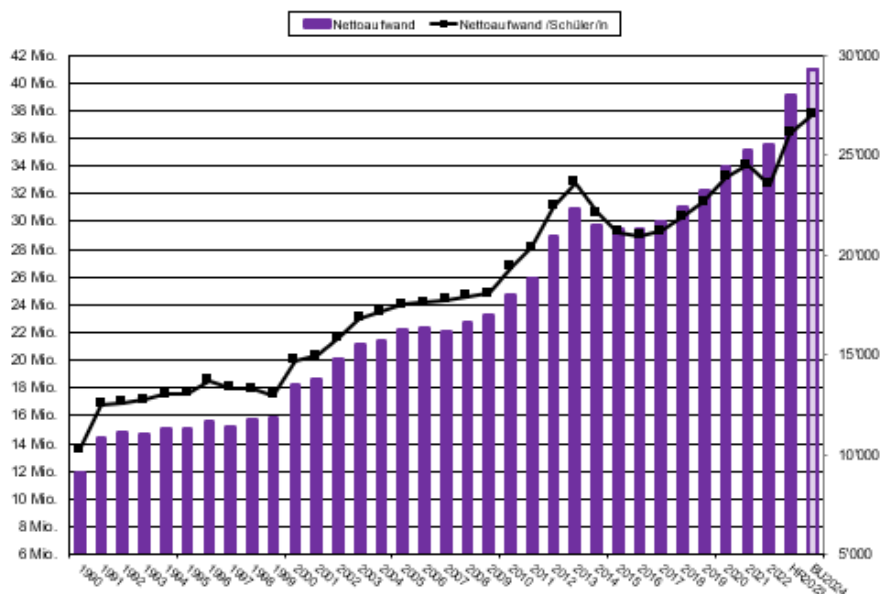


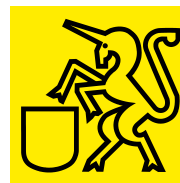
Zusatzleistungen zur AHV/IV



Und wenn man die beiden Blöcke zusammenzählt, kann man sagen, dass wir eigentlich bereits wieder auf dem Niveau 2021 sind mit den Verrechnungen des Kantons. Also ein Nullsummenspiel. Politisch vor allem verkauft worden ist die Reduktion bei den Zusatzleistungen, das andere wurde einfach gesagt. Also auch hier: Der Kostenblock verschwindet nicht, er hat eine kurze Entspannung erhalten, bewegt sich aber weiter in die falsche Richtung.

Primarschule Entwicklung Nettoaufwand und Schüler/innenzahlen ab 1990

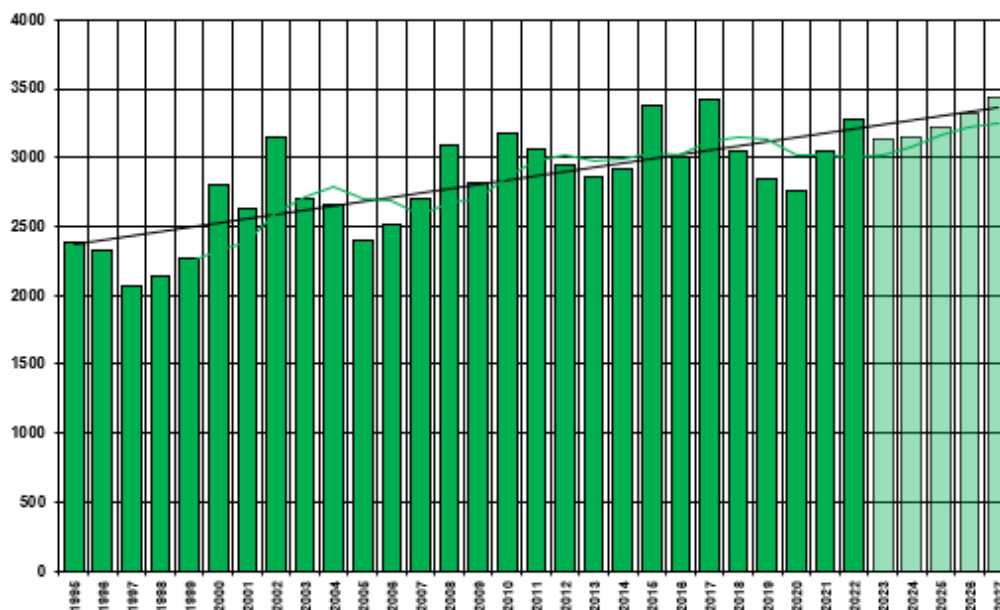




Ein weiterer grosser Kostenblock ist in diesem Jahr die Schulentwicklung. Wir wissen alle Dübendorf wächst und dann gibt es auch mehr Kinder, mehr Schulhäuser und mehr Klassen. Wenn man nun aber schaut im 2022 gab es eine gewisse Entlastung. Seit dann gehen die Kosten weiter hoch. Das hängt damit zusammen, dass wir der Schule immer mehr Aufgaben übergeben. Die Forderungen kommen sowohl vom Parlament, als auch von der Bevölkerung. Wir setzen das um, aber das heisst halt, dass die Kosten ansteigen und das heisst der Steuerzahler muss diese übernehmen. Das ist also nach wie vor eine deutliche Kostensteigerung absolut, aber auch pro Schüler. Und auch da schlägt uns die Teuerung mit dazu.

Auf der anderen Seite bei den Steuereinnahmen sieht man auf der Regressionsschätzung, dass die Möglichkeit im Basisszenario besteht, dass man leicht unter der Regression ist. Das hat vor allem damit zu tun, dass wir damit rechnen müssen, dass die kalte Progression irgendwann ausgeglichen wird. Dies wird einen starken Einbruch auf den Steuererträgen bringen. Das können wir nicht vermeiden, es kommt früher oder später. Ob es im 2024 bereits kommen wird, wissen wir nicht. Aber die Hochrechnung 2023 zeigt an, dass wir bereits ohne dies wieder ein Jahr unter der Regression sind. Auch hier die Entwicklung ist nicht äusserst optimistisch, aber auch nicht äusserst pessimistisch, sondern wahrscheinlich etwa das, was wir erwarten können.

Steuerfussbereinigte Steuern pro EW in Fr. (lineare Regression)

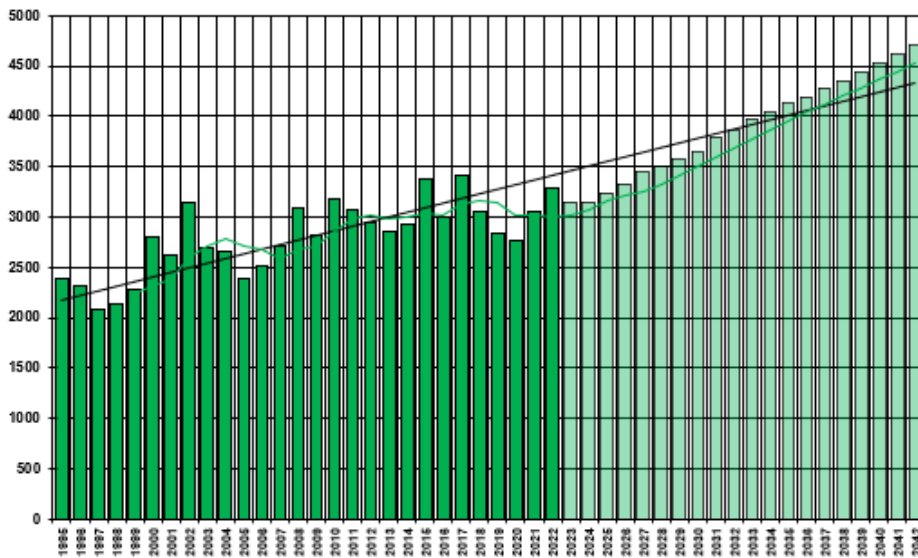


Ich möchte aber zu Transparenz hier zeigen, wie der Finanzplan in der Zukunft rechnet. Ich habe hier weit hinaus gerechnet. Aber es geht ja darum, das System im Lot zu halten. Und was wir hier aufzeigen: Die Steuererträge müssen in einer linearen Regression, um dies finanzieren zu können, markant mehr ansteigen als in der Vergangenheit. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass dies möglich ist, da wir auch ein Bevölkerungswachstum haben. D.h. was wir lange hatten, eine stabile Bevölkerungszahl müsste sich auch neu in der Prognose schrittweise abbilden. Hier sollte auch auf der Ertragsseite ein gewisses Wachstumspotential kommen. Falls das Bevölkerungswachstum



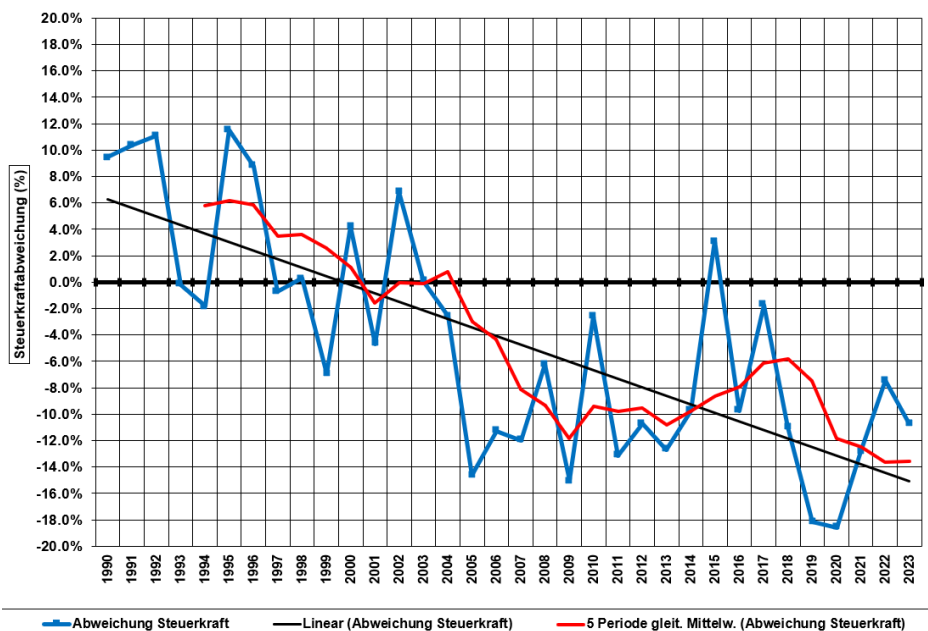
statistisch in der gleichen Richtung ist wie die, die schon da sind. Wenn Personen kommen, die eher mehr verdienen, ist das eher besser. Wenn Personen kommen, die eher weniger verdienen, ist es eher schlechter. Aufpassen müssen wir bei den juristischen Personen. Da haben wir kein so grosses Wachstum zu erwarten, das einfach linear weiter eingerechnet werden kann. Aber ein gewisser Optimismus ist angebracht. Aber auch nur dann kommen wir durch.

Steuertussbereinigte Steuern in 1000 Fr. (lineare Regression)



Was nach wie vor nicht so erfreulich ist, aber auch nicht tragisch, ist die Entwicklung der Steuerkraft im Verhältnis zum Kanton:

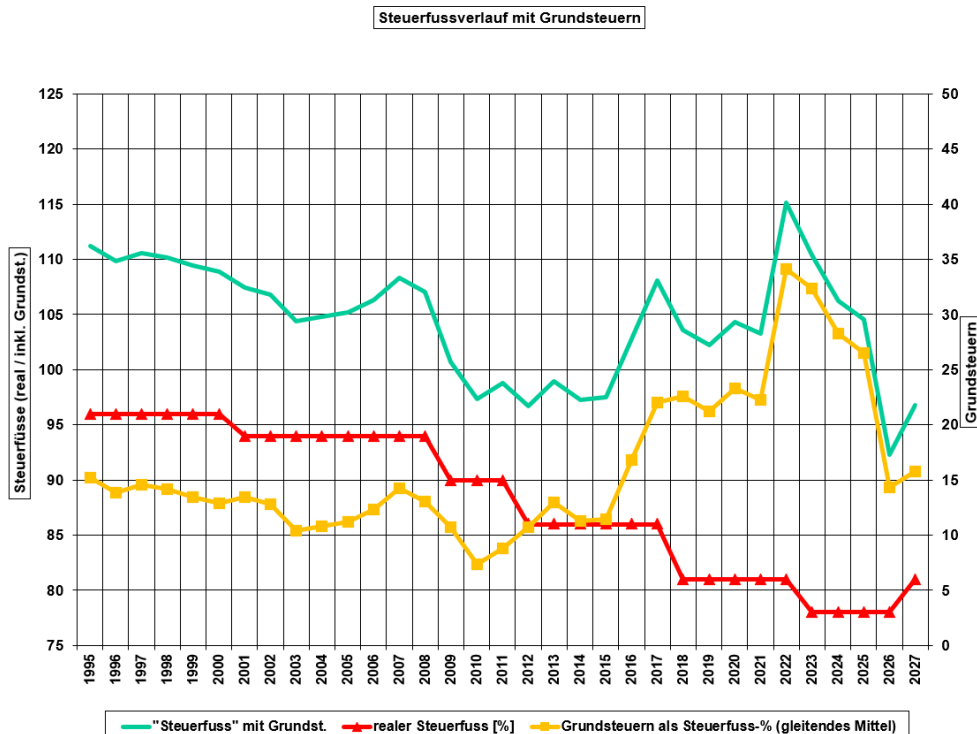
Steuerkraftentwicklung Dübendorf vs. Kanton (Abweichung in %)





Wie gesagt, wir sind immer noch deutlich unter dem kantonalen Mittel. Wir hatten Jahre von 2014-2018, in welchen es an der roten Mittelkurve stieg, aber seither ist es wieder deutlich abgesunken. Aktuell ist die Entwicklung auf einem tieferen Niveau. Wir sind also wieder rund 10-12 % unter dem kantonalen Mittel. Das war auch das, was wir in den späten Nullerjahren hatten. Aber es entspricht auch dem nicht mehr, was wir in den 80er oder 90er Jahren hatten, in welchen wir deutlich über dem kantonalen Mittel waren. Die Zukunftsprognosen sind hier sehr schwierig. Aber die Vergangenheit zeigt, dass wir hier etwas vorsichtig sein müssen. Der Vorteil von diesem System ist: Wenn wir darunter sind, erhalten wir Geld vom Kanton. Sind wir darüber, müssen wir Geld abliefern. Je näher wir ans kantonale Mittel kommen, umso weniger erhalten wir. Das gleicht sich für unseren Finanzausgleich aus. Aber wir investieren doch lieber das Geld unserer Steuerzahler als jenes des Kantons.

Ich möchte auch nochmals auf den Steuerfuss hinweisen:



Bei den Grundsteuern – die orange Kurve – haben wir rekordverdächtige Zahlen. Die Fr. 49 Mio. werden die orange Kurve, bei der man gleitendes Mittel macht, in diesen Jahren extrem anheben. Unser absoluter Steuerfuss – rote Kurve –, den wir hier festgelegt haben, sind wir im Moment auf einem Rekordtief. Es ist auch schon jetzt klar, dass wir dies mit den Investitionen irgendwann anpassen müssen. Aber zu dem komme ich noch.

Die grüne Kurve ist die Summe aus den beiden anderen. Sie zeigt uns, dass wir eigentlich sehr viel Geld zur Verfügung hatten. Das ist auch richtig, dass wir diese Überschüsse gemacht haben. Wenn wir so gute Jahre haben, müssen wir auch Überschüsse generieren.

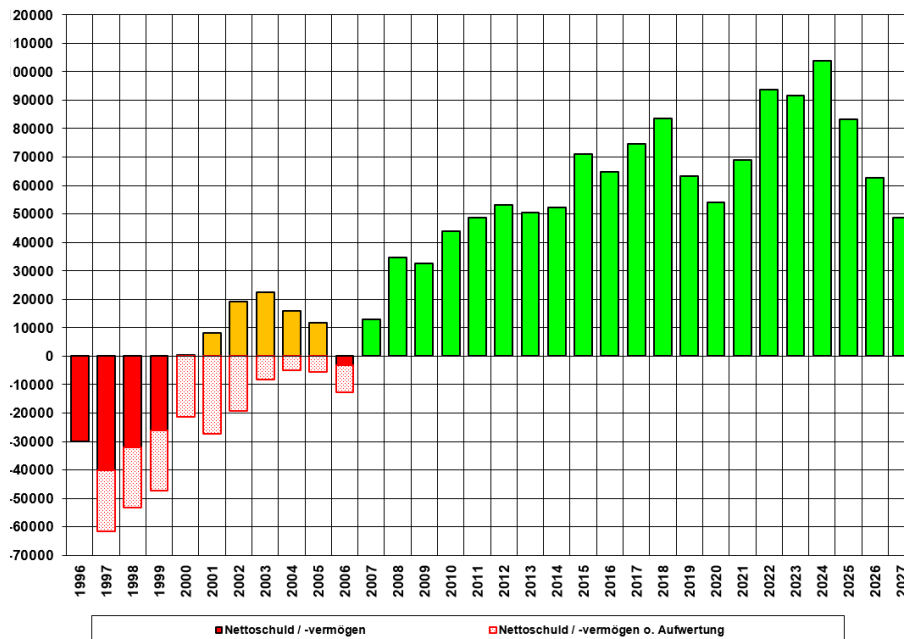
Ich dehne nun diese Kurve bewusst auch noch etwas in die Vergangenheit und die Zukunft aus: Man sieht in den 90er-Jahren den Bauch, als man die Steuern markant gesenkt hat. Weil die Grundstückgewinnsteuern im Rahmen der – später eingebrochenen – Immobilienhausse richtig einsenkten. Diese ist dann schnell eingebrochen und man musste relativ schnell die Steuern stark erhöhen.



Weil das eingenommene Geld hat man auch ausgegeben, weil man dachte, es ginge immer so weiter. Dem war nicht so. Es kam dann die Zeit, als es nicht mehr so weiterging. Die Grundsteuern kamen herunter und wir konnten in den letzten Jahren, auch durch eine nicht völlig ineffiziente Finanzpolitik, den ordentlichen Steuerfuss immer senken, obwohl die Grundsteuern über lange Jahre nicht massiv viel mehr ausmachten. Und in den letzten Jahren muss man klar sagen, dass die Steuerfussenkungen, diese zwei Dividenden wie wir es erwähnt haben, sind beide massgeblich auf die hohen Grundstückgewinnsteuern zurückzuführen. Übrigens auch hier: So ab 2026/27 wird das wieder deutlich sinken. Entweder heisst dies, wir müssen auf der Ausgabenseite anpassen oder der Steuerfuss muss steigen, wenn wir die Ausgaben weiterhin tätigen wollen. Das ist so im Finanzplan abgebildet. Das ist die Zukunft bis 2032. Das sind Prognosen. Aber eines ist klar: Irgendwann ist das in dem Quartier, das heute sehr viel bringt, vorbei.

Trotzdem kann man sagen, dass in der Planperiode die Nettoverschuldung noch nicht ansteigen wird. Eben auch dank diesen Fr. 49 Mio. Das sieht alles gut aus. Deswegen habe ich vorhin bewusst in die Zukunft geschaut. Aber gegen hinten kommt dann das dicke Ende.

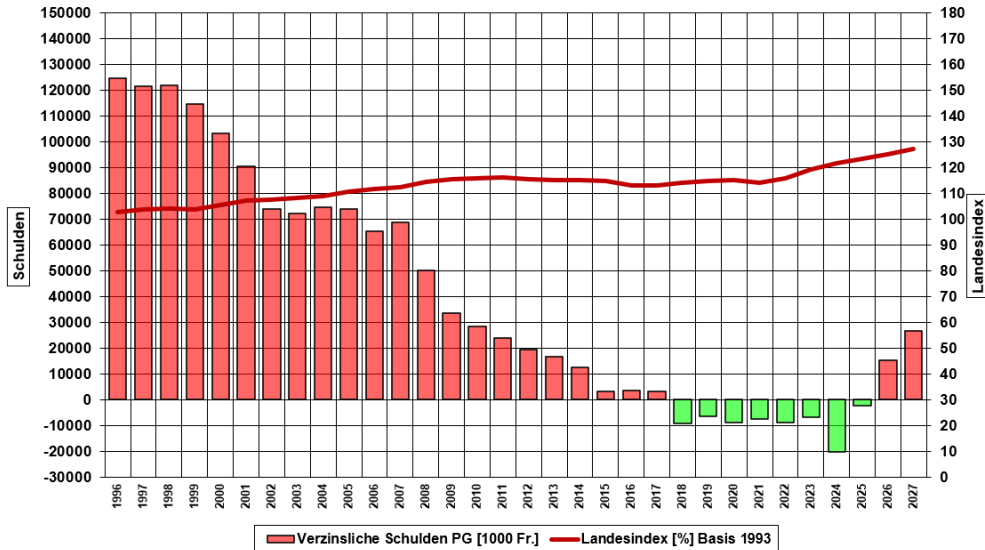
Nettoschuld Dübendorf in 1000 Franken



Wenn wir das politische Gut anschauen, sehen wir, dass wir noch bis 2025 von Vermögen leben könnten. Wobei die Investitionen immer auf Fr. 20 bis 25 Mio. gedämpft werden und das ist hier natürlich so berücksichtigt.

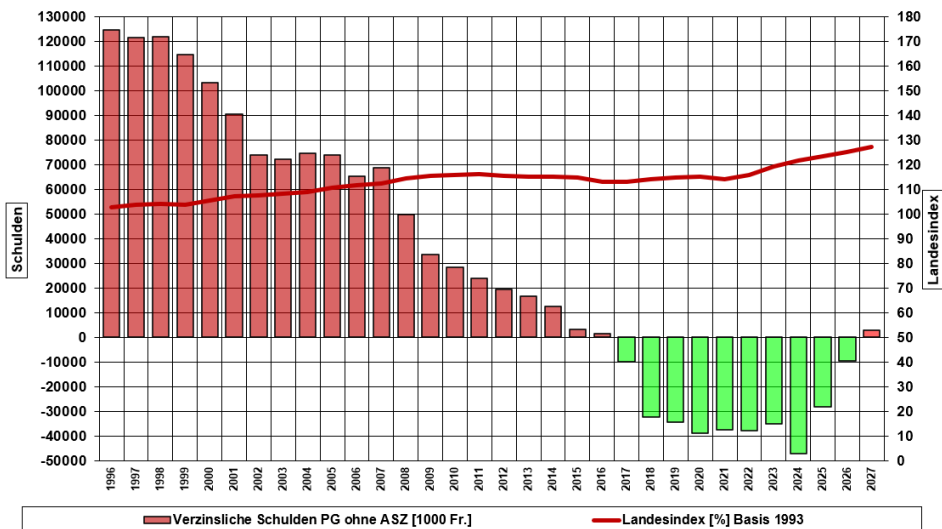


Entwicklung verzinsliche Schuld (Pol. Gut)



Wenn man das Alterzentrum als Darlehen weiterführt, wovon wir aktuell ausgehen, kann man sogar sagen, werden wir mit der Verschuldung praktisch noch unter Null bleiben, also leichte Schulden oder ein leichtes Vermögen haben. Das sieht also soweit gut aus.

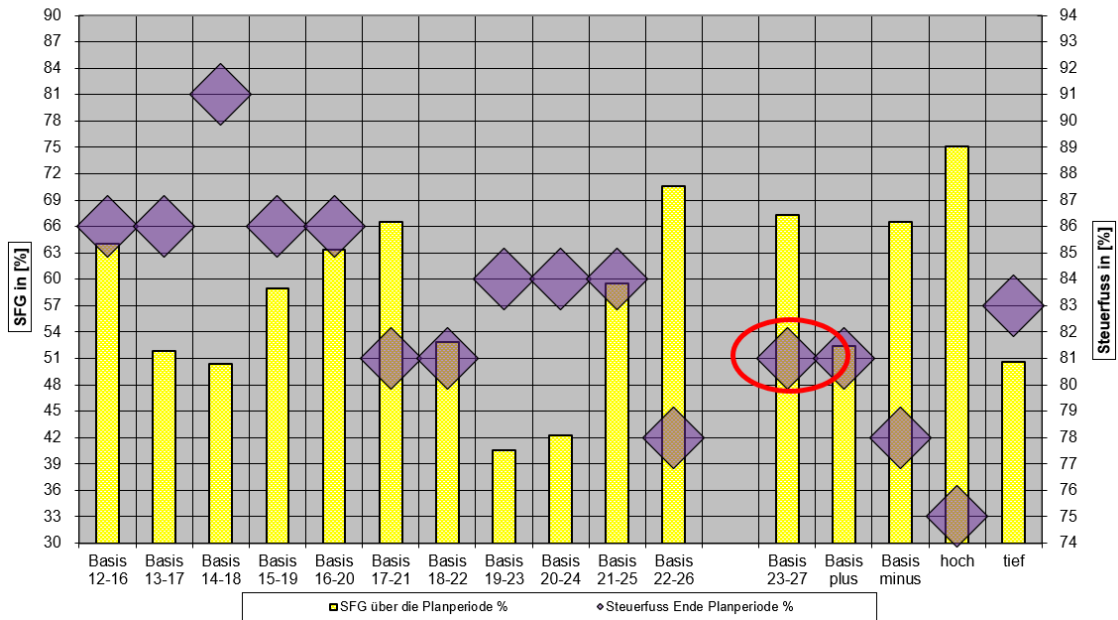
Entwicklung verzinsliche Schuld relativiert um ASZ



Wenn man den Steuerfuss und den Selbstfinanzierungsgrad betrachtet, gehen die meisten Szenarien davon aus, dass wir den Steuerfuss zu Ende dieser Planperiode wieder nach oben anpassen müssen. Zwei gehen von wenigen, etwa drei Steuerprozenten, eines von einer Senkung und eines – der Optimalfall von einer weiteren Senkung aus. Diese ist aber schon überholt, da es von einer Ablehnung des Hallenbads durchs Volk ausging. Das tiefe Szenario trifft ein, wenn wir deutlich mehr Investitionen tätigen oder der Aufwand markant ansteigt. Das Basisszenario ist jenes, von dem wir ausgehen, wobei es dieses Jahr schwierig war, dieses zu erreichen.

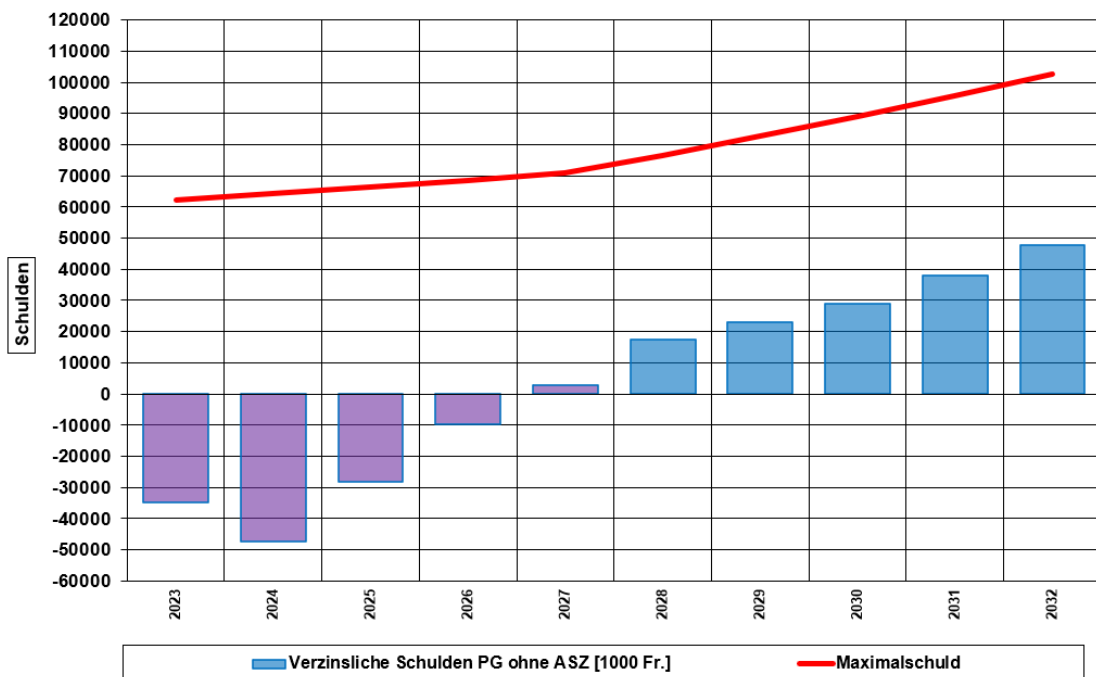


SFG und Steuerfuss Planperiode



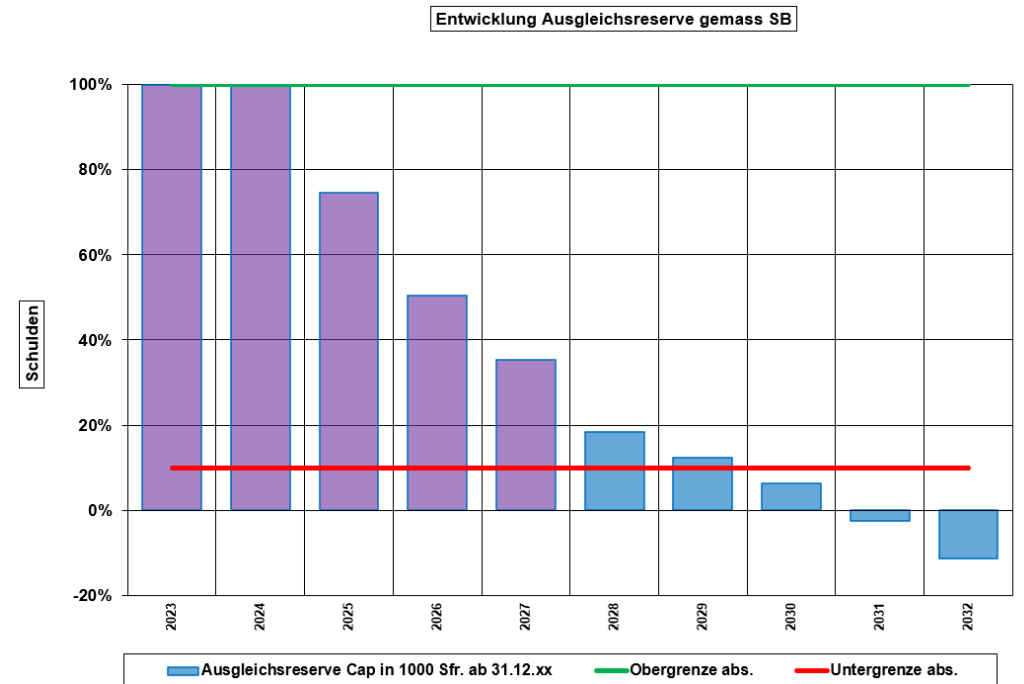
Ganz wichtig: Die Schuldenbremse ist in der Planperiode und der Planperiode+, was die verzinsliche Schuld betrifft, dank den Grundstückgewinnsteuern kein Problem.

Entwicklung Kriterium maximale Schuld





Heikler sieht es bei der Ausgleichsreserve aus. Auch die Ausgleichsreserve ist aktuell noch sehr voll, aber auch die wird dann irgendwann, wenn die Grundstücksgewinnsteuererträge zurückgehen, sinken. So sieht man, dass in der Planperiode, für die die Schuldenbremse gilt, alles einzuhalten ist. Erst so ab etwa 2030 könnte es eng werden. Hierbei sind bereits Steuerfusserhöhungen mitberücksichtigt.



Zur Hochrechnung 2023:

HR/Re 2023

- HR der LR zeigt: Dübendorf lag **im August etwa 2.0 Mio. (v.a. PS 1.4) über dem VA... Dez. keine neuen Daten.**
 - **HR IR PG: ca. - 4 Mio. unter VA zu liegen kommen und entsprechen damit im PG ca. 80 % der budgetierten Investitionen. -> Schätzung FIV Dez. PG: - 6.0/7.0 Mio. (Umsetzung PG: ca. 75 %)**
 - **Steuerertrag inkl. VJ HR August +3.3 Mio. -> HR Dez plus 3.0 Mio.**
 - **Grundsteuer HR August: + 0.0 Mio. -> HR Dez. + 0.1 Mio.**
 - **Verschuldung politisches Gut (mit & ohne ASZ-Darlehen) bleibt Ende 2023 noch klar im Vermögen**
- > Massnahmen 2023: keine – 2023 dürfte ein vernünftiges Jahr geben...**



Zum Voranschlag 2024:

Schlussfolgerungen VA 2024

- Wachstumsprognose **Steuererträge 2024 werden weiter positiv** eingeschätzt - ST17 bisher kein Effekt, Covid19 kein Effekt - **offen: Folgen Krieg Ukraine (Inflation, Zinsen, BIP usw.), Ausgleich kalte Progression.**
- **Grundsteuern** werden mit **49.0 Mio. einmalig sehr hoch** erwartet.
- Der Aufwand aus der LR ist nach Budgetüberarbeitung **mit rund 5.0 Mio. (v.a. PS 4.4) massiv über der Finanzplanung (Basis) - FIA mit knapp 2.0 Mio. unter FiPI und «belastet» zusätzlich das Resultat**
- Steuerreform 17 wurde weiter nicht mehr berücksichtigt. Dynamisch scheinen die potentiellen Einbussen **bis heute bereits eher positiv zu wirken – mind. aber neutral.**

Schlussfolgerungen VA 2024

- Die **IR wird ab 2024 wegen Einzelposten ansteigen bzw. hoch bleiben.**
- **ASZ wird im FiPI über 30 Mio. (75%) weiter als zu refinanzierendes Darlehen geführt, was grundsätzlich möglich scheint.**
- Das Basisszenario **ist unter diesen Annahmen mit nochmals etwa gleichen Risiken** behaftet wie im Vorjahr



Schlussfolgerungen VA 2024

- Zielvorgaben des SR und die Budgetphase für den VA 2024 wirkten **nur leicht aufwanddämpfend**.
- **Die aktuelle Schuldenfreiheit ist temporär**, aber die IR kann 2024 wohl immer noch **aus eigenen Mitteln (Grundsteuern)** finanziert werden.
- Dübendorf ist finanziell nach sehr positiven Jahren immer noch sehr gut aufgestellt – seit Ende 2017 faktisch mit einem kleinen Vermögen – **erst ab 2026/27 dreht es mutmasslich in ein Schuld**. Es kann so immer noch eine gewisse Neuverschuldung verkraften.
- **Dank der guten «Schuldensituation» bleibt Dübendorf auch «investitionsfähig»**.

Schlussfolgerungen VA 2024 - Steuerfuss

Die auf 2018 beschlossene 5% Steuerfussenkung (bzw. 3-4 % davon) sind dank besseren Erträgen und Grundsteuern auch mit den (bescheidenen) Resultaten der Leistungsüberprüfung weiter im Sinne einer «Dividende» bis ca. 2030 zu halten (eher 12 Jahre statt 3-4).

Die markanten Überschüsse 21 und 22 (die immer noch knapp vertretbare IR) und das «Vermögen» liessen auf 2023 eine weitere Steuersenkung von 3 % im Sinne einer «Dividende» für ca. 4 Jahre zu.

Mit den wachsenden Ansprüchen (neue Leistungen, Personalkosten), den bewilligten IR (Speicher, SH Threepoint, Hallenbad, SH Birchlen) und dem Rückgang der Grundsteuern wird dies aber klar zu korrigieren sein.



Schlussfolgerungen VA 2024

Und: auch die Senkung des Steuerfusses 2018 kann nur beibehalten werden, wenn

1. eine Refinanzierung des ASZ-Kredites zu rund 75 % erfolgen kann und begleitende Folgekosten (EL/Pflegefinanzierung) im Rahmen bleiben

2. Der Aufwand der laufenden Rechnung wieder näher an der Teuerung zu liegen kommt.

3. die übrigen hohen Investitionen aus dem Nachholbedarf (u.a. Schulen, Tiefbau) priorisiert und zeitlich optimal gestaffelt werden können

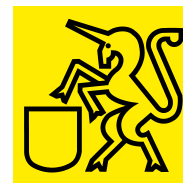
und 4. zusätzliche und neue Projekte (wie z.B. Ausbau Verwaltung, Bushof usw.) haben keinen Platz bzw. müssten grundsätzlich durch eine weitere entsprechende Steuererhöhung finanziert werden.

Ziele des Stadtrates:

Ziele des Stadtrates im Finanzplan 23-27

1. Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der Laufenden Rechnung (**nicht möglich**)
2. Selbstfinanzierung von möglichst 100 % im 5-Jahresmittel (**nein**)
3. Die Verschuldung beträgt am Ende der Legislatur maximal 50 Mio. Franken (**möglich**)
4. Es besteht keine Nettoschuld (**möglich**)
5. Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses (**bis ca. 2027/28 bedingt möglich**)
6. **Pro memoria: Ziele der Schuldenbremse (tritt per 1.1.23 in Kraft) können alle eingehalten werden...**

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Bei der Detailberatung wird es ja auch noch das Eine oder Andere zu diskutieren geben."



Diskussion

Rafa Tajouri (FDP)

"Der Stadtrat budgetiert für das kommende Jahr wiederum eine ausgeglichene Rechnung. Dies ist grundsätzlich erfreulich. Wenig erfreulich ist die Tatsache, dass die Aufwandseite nach wie vor überdurchschnittlich wächst. Dübendorf kann zwar über sehr hohe Steuereinnahmen verfügen, insbesondere die Grundstücksgewinnsteuern sind aber als ausserordentliche Einnahmen, die sich mittelfristig wieder auf deutlich tieferem Niveau einpendeln werden, zu verstehen. Gleichzeitig stehen grosse Herausforderungen vor uns, in die Infrastruktur zu investieren, um mit dem Bevölkerungswachstum Schritt zu halten. Dies stellt einen schwierigen und auch fragilen Balanceakt dar. Idealerweise können die Infrastrukturinvestitionen wie Schulen oder das Hallenbad durch ausserordentliche Steuereinnahmen weitgehend gedeckt werden. Wir versprechen uns zwar alle, dass Dübendorf aufgrund der attraktiven Lage und Infrastruktur überdurchschnittliche Steuerzahler anlocken wird in Zukunft, und die Chancen dafür stehen auch gut, aber wir können uns nicht darauf verlassen.

Damit der finanzpolitische Drahtseilakt zwischen massiven Investitionen, ausserordentlichen Steuereinnahmen und nachhaltiger Erhöhung des Steuersubstrats gelingen kann, bedarf es eines klaren Fokus und strikter Ausgabendisziplin. Die Wunschliste nach Zusatzaufgaben und -ausgaben, die durch die Stadt zu übernehmen sind, wird immer länger. Auch bei den Infrastrukturprojekten herrscht generell das Prinzip «därf's es bitzeli meh si». Je länger und fröhlicher die Party, desto schlimmer der darauffolgende Kater. Dies gilt insbesondere auch für die Finanzpolitik. Wir erachten es deshalb als entscheidend, dass Stadt- und Gemeinderat sich in ihren Ansprüchen mässigen und wir in Bezug auf die Ausgabenseite einen finanzpolitisch nachhaltigen Kurs verfolgen.

Unsere Fraktion wird dem Budget mit einem Steuerfuss von weiterhin 78 % zustimmen. Wir werden aber die von der GRPK-Mehrheit beantragte Erhöhung der Quote für Besoldungserhöhungen konsequenterweise ablehnen.

In Bezug auf den Budgetposten für die PubliBikes wird eine Mehrheit unserer Fraktion dem Antrag der GRPK-Mehrheit folgen.

Und eine Mehrheit unserer Fraktion wird den Minderheitsantrag der GRPK auf Streichung des Budgets für die Umgestaltung des Adlerplatzes unterstützen. Unsere Fraktion ist sich beim Adlerplatz einig, dass die Parkplätze nur dann und erst dann aufgehoben werden dürfen, wenn erstens für die Umgestaltung des Adlerplatzes ein überzeugendes Konzept für das gesamte Stadtzentrum vorliegt und wenn zweitens ein Parkplatzangebot besteht oder geschaffen wird, das auch in der Bevölkerung und beim Gewerbe Rückhalt findet.

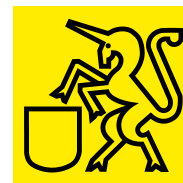
Im Übrigen werden wir den Anträgen der GRPK bzw. der GRPK-Mehrheit zustimmen."

Roland Wüest (SP)

"Heute Abend geht es ums Geld, es geht um Zahlen, um ausgeglichene Rechnungen, um das Beibehalten des Steuerfusses, das Einhalten der Schuldenbremse und wer wieviel, wieso und wozu erhält. Letztlich wissen wir alle, dass es natürlich nicht um nackte Zahlen geht, sondern vielmehr darum, wieviel wert uns als Gemeinschaft, als Einwohner und Einwohnerinnen von Dübendorf, was ist. Die Attraktivität Dübendorfs beruht wohl kaum nur auf einem tiefen Steuerfuss....

Um es vorwegzunehmen, grundsätzlich werden wir das Budget 2024 und eine Mehrzahl, der von der GRPK vorgeschlagenen Änderungen unterstützen. Dennoch haben wir noch gewisse Anliegen einzubringen.

Dübendorf steht, wie es (vom SR) in der Medienmitteilung zum Budget höchst erfreut hervorgehoben wird, dank einer erfolgreichen – einige würden wohl eher sagen strengen – Finanzpolitik finanziell solide da, nahezu schuldenfrei und mit ausreichenden liquiden Mitteln.



Dies klingt erfreulich und natürlich wollen auch wir, dass finanziell nachhaltig gewirtschaftet wird. Doch hinter diesen Zahlen steht auch, dass in den letzten Jahren die Investitionen unterdurchschnittlich ausfielen und in Dübendorf in den nächsten 5-10 Jahren massive Investitionen anstehen: Bei den Schulhäusern und in der Bildung allgemein, im öffentlichen Verkehr (z.B. der Busbahnhof), bei der Infrastruktur und im öffentlichen Raum und nicht zuletzt für Naturschutz und Klimamassnahmen.

Es ist aus buchhalterischer Sicht wohl sicher vernünftig im Finanzplan davon zu sprechen, dass grosse Investitionen gestaffelt und bei den Ausgaben entsprechende Prioritäten gesetzt werden müssen. Doch wie es im selben Dokument steht, sind viele dieser Investitionen «Nachholbedarf». Wir haben also dringliche Investitionen (teilweise spielen hier tatsächlich nicht beeinflussbare äussere Umstände eine Rolle), aufgeschoben. Nicht zuletzt auch deshalb schaut unsere Finanzpolitik trotz einem extrem tiefen Steuerfuss (der in den letzten 20 Jahren um 18% gesenkt wurde) weiterhin so «toll» aus.

Bereits jetzt warnen einige hier, dass die Investitionen ab 2027 wieder auf ein vertretbares Niveau zurückgehen müssen, da sonst Leistungen gekürzt oder der Steuerfuss angehoben werden müsste. Es muss betont werden, dass diese Investitionen aber kein nice-to-have, sondern dringend nötig sind, damit Dübendorf die von der Stadt verlangten Aufgaben erfüllen kann. Es handelt sich hier um Sachzwänge, um es mal im bürgerlichen Jargon zu sagen.

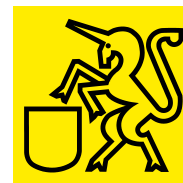
An dieser Stelle gilt es noch auf einen wichtigen Punkt hinzuweisen: nämlich auf die erschreckende Lücke bei der Besetzung der Stellen. Laut dem Geschäftsbericht 2022 waren per Ende 2022 hochgerechnet rund 20 100% Stellen unbesetzt. Neben dem vielzitierten Fachkräftemangel kommt man auch nicht um den Gedanken herum, dass dies mit der Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin zusammenhängt. Ein gewichtiger Teil, der nicht besetzten Stellen musste mit Springern besetzt werden, was auch bedeutet, dass letztlich noch mehr Stellen nicht besetzt sind, als die Zahlen im Geschäftsbericht aufzeigen. Und diese Springer haben der Stadt 2023 Mehrkosten von rund CHF 1.69 Mio. beschert. Dieser Betrag ist umso bedenklicher, wenn man berücksichtigt, dass eine Springerstelle das Doppelte oder Dreifache einer «normalen» Stelle kostet. Da kann man sich schon fragen, ob hier wirklich so ökonomisch gerechnet wird, wenn die Mehrkosten für Springeraktivitäten für 2023 so viel höher ausfallen, als wenn sich die Stadt etwa dazu durchringen könnte, einen fairen und wertschätzenden Teuerungsausgleich zu gewähren. Und eine Trendwende ist nicht abzusehen.

Ich stehe für einmal nicht hier, um noch mehr Stellenprozente zu fordern, sondern dass wir als Gemeinderat zukünftig die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, damit Dübendorf eine attraktive Arbeitgeberin sein kann – was auch angemessene und attraktive Löhne beinhaltet – und die vorgesehenen Stellen auch wirklich besetzt werden können. Denn nur so kann die Stadt Dübendorf ihre Aufgaben und ihre Verantwortung als Gemeinde auch wahrnehmen. Und den Stadtrat fordern wir dazu auf eine fundierte Analyse zu machen, wieso es in den letzten Jahren beim Personal zu so vielen Krankheitsausfällen und so hohen Fluktuationen kommt (Fluktuationsrate 14.5%) und warum es offenbar so schwierig ist die offenen Stellen zu besetzen. Der Lohn wird sicher eine Rolle spielen, aber die Arbeitsbelastung und das Arbeitsklima dürften das ihrige dazu beitragen. Ein Teufelskreis, den die Stadt unbedingt durchbrechen muss. Auch die anstehende Verwaltungsreform wird diese Probleme nicht einfach so aus der Welt schaffen."

Thomas Maier (glp/GEU)

"Gerne sage ich auch noch ein paar Worte aus Sicht unserer Fraktion zum Budget 2024. Im Wesentlichen können wir uns den Ausführungen unseres GRPK-Präsidenten anschliessen und ich muss daher nicht alles wiederholen, was Paul schon gesagt hat – danke.

Ich möchte 2 bis 3 Punkte, die uns sehr wichtig sind und im Rahmen der Budgetberatung einiges zu diskutieren gaben, noch einmal herausheben. Alles in allem sind wir wiederum sehr zufrieden mit der Qualität der Budgetierung, der Beantwortung der Fragen, der Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und dem erwarteten Resultat fürs 2024. Wir haben in der GPRK viele Fragen zum Budget gestellt und auch der Austausch mit dem Stadtrat war dieses Jahr sehr ausgiebig. Im Grundsatz konnten alle Fragen zur Zufriedenheit von uns (glp) beantwortet werden.



Folgende Bereiche gaben und geben auch aus unserer Sicht zu Recht zu Diskussionen Anlass.

Im Bereich der Einnahmen müssen wir uns, einmal mehr, bewusst sein, dass wir immer noch von sehr hohen Grundstücksgewinnsteuern profitieren und diese uns helfen, den Steuersatz des politischen Guts auf einem attraktiven Niveau stabil halten zu können. In Zukunft wird sich die Diskussion wohl schon etwas verschieben. Einerseits werden diese Grundstücksgewinnsteuern zurückgehen, wenn sich Immobilien- und Landpreise stabilisieren und die enorme, private Bautätigkeit in Dübendorf einmal ein Ende finden sollte. Andererseits werden die vielen nötigen Investitionen der Stadt erst die nächsten Jahre, so ist ja auch zu hoffen, richtig zu Buche schlagen. Fazit: wir stehen heute dank einer umsichtigen Finanzpolitik und tiefen Investitionen in den letzten Jahrzehnten auf einer guten soliden Finanzbasis. Dies kann sich mit den zwei erwähnten Effekten allerdings auch schnell ändern.

Damit ist auch schon gesagt und begründet, wieso wir als GEU/glp am bestehenden Steuerfuss, so wie es der Stadtrat auch beantragt, festhalten wollen. Wir haben letztes Jahr gesagt, dass wir die letztjährige Senkung des Steuerfusses um 3%, je nach Investitionsbedarf, dann wieder rückgängig machen müssen. Der Finanzplan zeigt, dass dies dieses Jahr noch nicht der Fall sein muss.

Wie vom Präsidenten gewünscht werde ich dann bei den einzelnen Anträgen nochmals Stellung nehmen. Wo sich die glp/GEU-Fraktion nicht äussert, wird sie die Mehrheit der GRPK unterstützen."

Julian Croci (Grüne)

"Die Grüne Fraktion wird das Budget annehmen. Wir nehmen zu Kenntnis, dass nun endlich erste Schritte unternommen werden, um das Teuerungsausgleichsdebakel anzupacken. Einmal mehr muss gesagt werden: Die Lohnpolitik des Stadtrates der vergangenen Jahre war ungenügend und respektlos gegenüber den Angestellten der Stadt. Dementsprechend erwarten wir, dass in Zukunft Teuerungsausgleich und Lohnerhöhungen getrennt behandelt werden und die Mitarbeitenden diesen vollumfänglich bekommen.

Unterstützen werden wir die Anträge zur Erhöhung des Budgets für karikative Zwecke, also primär Berggemeinden und Entwicklungszusammenarbeit. Mit unserem grossen Wohlstand und niedrigen Steuerfuss können und müssen wir uns dies leisten. Doch nicht nur in der Schweiz und im Ausland müssen wir uns im Kampf gegen die Klima- und Biodiversitätskrise und für soziale Gerechtigkeit einsetzen, auch in Dübendorf müssen wir diese Themen ernst nehmen. So finden sich im Budget bereits die erste Tranche für die Biodiversitätsoffensive, dem Gegenvorschlag zu unserer «Rettet die Bienen» Initiative. Ebenfalls ist das Geld eingestellt für den Massnahmenplan Klima. Dies sind wichtige Schritte auf dem Weg, um die grössten Krisen seit Menschengedenken zu bekämpfen. Es ist aber klar, dass wir in Zukunft noch mehr unternehmen müssen. Das finanzielle Engagement im jetzigen Budget ist erst der Anfang.

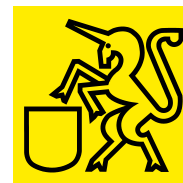
In diesem Sinne nehmen wir das Budget an und freuen uns darüber, dass wichtige Themen und Aufgaben nun mehr finanzielle Aufmerksamkeit bekommen aber auch in dem Wissen, dass in Zukunft in diesen Bereichen noch mehr gemacht werden muss."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Detailberatung Erfolgsrechnung

Kapitel 1 Präsidium

Die GRPK stellt in diesem Bereich drei Änderungsanträge.



Erster Änderungsantrag: Quote für Besoldungserhöhungen

Konto 1110.301003 (Personaldienste) Quote für Besoldungserhöhungen (ohne ASZ und PS)

Antrag Stadtrat und Fr. 721'200.00

GRPK-Minderheit

Antrag

GRPK-Mehrheit Fr. 1'288'700.00 (Abweichung: + Fr. 567'500.00 S)

Paul Steiner (SVP), Kommissionspräsident der GRPK, wird zunächst den Antrag der Kommissionmehrheit vorstellen. Danach erläutert Roger Gallati (FDP) den Antrag der Kommissionminderheit.

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Bereits letztes Jahr war der Teuerungsausgleich Thema bei der Budgetdebatte. Seit 2012 wendet der Stadtrat ein System an, bei dem statt eines vollen Teuerungsausgleichs höhere individuelle Lohnerhöhungen ausbezahlt werden, mit Einbezug der Inflation der vergangenen Jahre. Einen automatischen Teuerungsausgleich lehnt der Stadtrat ab. Da sich dieses System bewährt hat, will der Stadtrat grundsätzlich daran festhalten. Er hat es jedoch leicht angepasst.

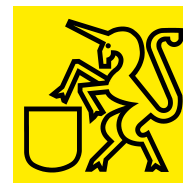
Für 2023 hat der Regierungsrat Zürich – und mit ihm die meisten Zürcher Gemeinden – eine Teuerungszulage von 3,5 Prozent beschlossen. Für 2024 kommen 1,6 Prozent dazu. Das heisst, die Mehrheit der Staatsangestellten im Kanton Zürich erhalten für die beiden Jahre einen Teuerungsausgleich von etwa 5 Prozent.

Der Dübendorfer Stadtrat hat darauf im Budget 2024 reagiert und beschlossen – als Ausnahme und in Abweichung zum erwähnten System – alle Löhne unter Fr. 100'000 um 3 Prozent und die Löhne über Fr. 100'000 um jeweils Fr. 3'000 anzuheben. Diesen Entscheid des Stadtrats begrüsst die GRPK. Der GRPK-Mehrheit genügt das aber nicht, da die Inflation weitergeht. Sie nimmt zur Kenntnis, dass der Stadtrat mit seinem Modell die Teuerung über die folgenden Jahre ausgleichen will, erachtet dies aber als verspätet und ungewiss. Da die Angestellten die Inflation jetzt spüren, soll diese rascher gemildert und die Hälfte der Inflation 2024 sofort ausgeglichen werden. Diese Massnahme soll dem Personal auch zeigen, dass die Arbeitsleistung wahrgenommen und geschätzt wird.

Gemäss Stadtrat müssten zusätzlich Fr. 1'135'900 ins Budget aufgenommen werden, um für das Jahr 2024 den Teuerungsausgleich von 1,6 Prozent auszurichten. Die GRPK-Mehrheit erachtet es als gerechtfertigt, hiervon die Hälfte auszurichten und folglich das Budget 2024 um Fr. 567'500 zu erhöhen."

Roger Gallati (FDP), Sprecher der Kommissionminderheit

"Die Anstellungs- und Besoldungsverordnung der Stadt Dübendorf bestimmt, dass Besoldungserhöhungen unter angemessener Berücksichtigung der Teuerung zu budgetieren sind. Seit 2012 wendet der Dübendorfer Stadtrat dabei ein Modell an mit einer jährlichen Realloohnerhöhung unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Teuerung der jeweils letzten drei Jahre. Dieses System ist seit seiner Einführung für unser städtisches Personal von nachhaltigem Vorteil gewesen. Die bisherige mangelnde Transparenz zwischen leistungsabhängiger Besoldungserhöhung und Teuerungsausgleich, aber auch gewisse Umsetzungsprobleme bei der Gleichbehandlung des gesamten Personals sind in der Zwischenzeit vom Stadtrat korrigiert worden. Der vom Stadtrat für 2024 beschlossene Teuerungsausgleich ist unter Berücksichtigung der konstanten Besoldungserhöhungen der letzten Jahre nach Ansicht der GRPK-Minderheit richtig und angemessen, aber eben auch genügend. In diesem Zusammenhang darf auch erwähnt werden, dass das städtische Personal vor einem Jahr ein Weihnachtsgeld von CHF 1000.- erhalten hat, was bei Löhnen unter CHF 100'000.- einer einmaligen vor-



weggenommenen Lohnerhöhung für das Jahr 2023 von mindestens 1% entspricht. Insgesamt ist damit das Dübendorfer Personal weder in der Vergangenheit noch im laufenden Jahr noch im nächsten Jahr im Vergleich mit dem kantonalen Personal benachteiligt. Über mehrere Jahre gerechnet dürfte bei den meisten Angestellten sogar das Gegenteil der Fall sein. Und dank dem von unserem Stadtrat angewendeten Modell eines nivellierten Teuerungsausgleichs wird zudem das Anheizen der gerade in inflationären Zeiten enorm gefährlichen Lohn-Preis-Spirale verhindert. In diesem Sinne hat das Dübendorfer Modell Vorbildcharakter. Der Stadtrat hat deshalb recht, wenn er an seinem Modell, wenn auch mit einigen notwendigen Massnahmen, festhalten will.

Die von der GRPK-Mehrheit beantragte zusätzliche Erhöhung der Quote für Besoldungserhöhungen bedeutet hingegen einen Bruch mit einem Lohnsystem, das durchdacht und erfolgreich ist. Dieses Lohnsystem ist zugegebenermassen nicht einfach zu kommunizieren, und in der Umsetzung hat es offensichtlich Mängel gegeben, die der Stadtrat jetzt aber erkannt und behoben hat. Es gibt deshalb keinen sachlichen Grund, weshalb der Gemeinderat dem Stadtrat über eine zusätzliche Budgeterhöhung Vorgaben in einem Bereich machen sollte, für den der Stadtrat selbst zuständig und verantwortlich ist.

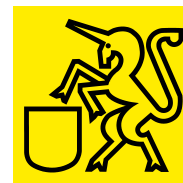
Die GRPK-Minderheit ist deshalb davon überzeugt, dass die beantragte Budgeterhöhung sachlich nicht gerechtfertigt und unter dem Strich unüberlegt ist. Es ist zwar gut gemeint, wenn man mit so einer Budgeterhöhung dem Personal gegenüber zeigen will, dass die Arbeitsleistung wahrgenommen und geschätzt wird. Es gibt allerdings keinen vernünftigen Grund zur Annahme, dass Dübendorf seinem Personal keine marktgerechten Löhne bezahlen würde. Und dass das so bleiben soll, dürfte im Gemeinderat auch in Zukunft unbestritten sein. Die darüberhinausgehende Wertschätzung unserer städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist nicht Sache des Gemeinderats, sondern muss vielmehr tagtäglich von den dafür Verantwortlichen in Exekutive und Verwaltung vorgelebt werden. Die GRPK-Minderheit beantragt Ihnen darum, diesen Erhöhungsantrag abzulehnen."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Ich glaube, es gibt niemanden hier im Saal, der für Forderungen von Seiten des Personals und der Suche nach richtigen Lösungen, um dem Personal entgegenzukommen, kein Verständnis hat. Der Stadtrat möchte trotzdem aus verschiedenen Gründen an seinem Antrag bezüglich der Lohnerhöhungen fürs 2024 festhalten.

Es ist bereits gesagt worden: Der Stadtrat hat in Abweichung zum Kanton und zu anderen Gemeinden vor rund 12 Jahren ein anderes Modell eingeführt. Damals geschah dies auch gestützt auf Kritik von Seiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt durch den vpod. Wir haben dann das neue Lohnsystem eingeführt, welches keinen automatischen Teuerungsausgleich vorsah, sondern die Teuerung wird mit 80% ins Lohnsystem einberechnet und wir jedes Jahr eine Reallohnerhöhung von 1 % dazufügen. Bei einer mittleren Teuerung würde dies in etwa dem entsprechen, was der Kanton auch macht. Bei einer sehr hohen Teuerung kommt das System allenfalls an den Anschlag im negativen Sinne. Wenn es wenig Teuerung gibt, ist das System natürlich sehr viel besser, weil man eine Reallohnerhöhung hat. Nachdem wir das Modell vorgestellt haben, hat sich niemand mehr in Kritik geübt. Und in den letzten 10 bis 12 Jahren war dieses Lohnsystem immer positiv begleitet worden ohne irgendwelche Kritik. Kein Wunder: Es ist auch so, dass die städtischen Angestellten im Schnitt besser fahren als mit dem Modell des Kantons oder andere Gemeinden.

Letztes Jahr hat das plötzlich gedreht. Weil das Modell zum ersten Mal – wie gesagt – einen antizyklischen Effekt hatte, indem es nämlich, wenn eine Teuerung relativ schnell anzieht, nicht sofort nachfährt, sondern dies über mehrere Jahre im Nachhinein wieder aufholt.



Offensichtlich ist es dem Stadtrat noch nicht genügend gelungen das Modell zu erklären, sonst wären die Diskussionen nicht so entstanden.

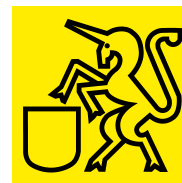
Ich möchte nun aber noch ein paar Fakten zu den Daten und Zahlen liefern, bevor ich dann noch die Statistik präsentiere:

Die allermeisten Mitarbeitenden der Stadt Dübendorf haben in den letzten Jahren 3 % oder noch mehr an Lohn erhalten, obwohl es praktisch keine Teuerung gab. Es sind wenige, die das nicht erhielten. In der Lohnstatistik kann man dies nachschauen. Natürlich ist das intern, da das Personaldaten sind, aber ich habe das selbst analysiert. D.h. die meisten haben das erhalten, was nun eigentlich eingefordert wird. Sie haben es vielleicht schon gehabt und nicht im 2023 erhalten, aber es kam in den letzten Jahren. Viele waren aber deutlich über 3 % gewachsen. Weil gerade bei Jüngeren oder Frauen, die vielleicht zu einem günstigen Lohn begannen, konnte man diese schneller nachführen, als dies bei einem kantonalen Automatismus-System möglich gewesen wäre. Wenn aber jemand sehr teuer eingekauft worden ist, was es auch am Markt gibt, musste dieser dann vielleicht ein paar Jahre anstehen, weil man diese als im Lohnvergleich zu hoch einstuft. Das kann der Kanton auch nicht, weil dann geht es dort nach dem Prinzip "Alter mal Schönheit". Es gibt dann halt den Teuerungsausgleich, auf den Betrag, den man hat. Und wenn das 3 % ist, dann sind das halt dann auch 3 % auf einem zu hohen Lohn und wenn es 3% auf einen zu tiefen Lohn ist, dann bleibt das auch so. Das städtische System hat das ausgeglichen. Das hat auch der Vergleich der GLOW-Gemeinden gezeigt, der notabene – möchte ich betonen – erst gemacht wurde, nachdem andere Gemeinden die 3.5 % Teuerungsausgleich gegeben hatten und Dübendorf nur die Einmalzulage, Dübendorf stand relativ gut da.

Wir haben dann auch im letzten Jahr, als wir ja sahen, dass die Teuerung relativ stark ist, die Fr. 1'000 für jeden Mitarbeitenden einmalig ins System eingebaut, weil wir sahen, dass wir im 2024 etwas werden anpassen müssen, im 2023 hatten wir die Möglichkeit gar nicht. Und das heisst immerhin die Fr. 1'000 sind bei einem Lohn von Fr. 80'000 1.25 Teuerungsprozente, die man neben der individuellen Beförderungquote erhielt. Bei Fr. 100'000 ist es 1 %, bei Fr. 150'000 ist es 0.67 %. Dann kann aber die Kaufkrafterhaltung auch nicht mehr wirklich mit dem Teuerungsausgleich beglichen werden. Das heisst, der Stadtrat hat damals bereits reagiert, um bereits damals betreffend Teuerungsausgleich etwas anzupassen.

Und auch in diesem Jahr – und zwar unabhängig von der Petition – bereits entschieden, dass er aufs 2024 etwas machen möchte in Richtung nochmalige Betrachtung des Modells und Teuerung. Er hat dann auch gestützt darauf und natürlich auch, um die Petition zu beantworten, fürs Jahr 2024 die 3 % oder ab einer Lohnsumme von Fr. 100'000 die Fr. 3'000 für alle beschlossen neben der individuellen Lohnerhöhung. Wir haben aber auch das Modell angepasst. Bisher wurde 80 % der Teuerung ausgeglichen, neu wird grundsätzlich 100 % der Teuerung ein- und Negativdaten herausgerechnet. D.h. Das Modell wird sich selbst übersteuern. Die Reallohnanpassung von 1% ist nicht mehr fix in Zukunft, die könnte auch höher sein, so wie sie im 2024 gewesen ist. Sie müsste aber allenfalls auch mal, wenn die Finanzlage anders ist, in die andere Richtung gehen. Wir haben das Modell justiert und gleichzeitig fürs 2024 gehandelt.

Wir haben ausserdem noch gesehen, dass wir Härtefälle hatten. Und Härtefälle, was heisst das konkret? Personen, die mehrere Jahre keine Lohnerhöhung erhalten haben, weil sie aus der Verwaltung heraus nicht berücksichtigt worden sind. Es ist nicht kontrolliert worden, ob dies mit der Leistung zusammenhängt. Man hat einfach gesagt, jeder der in den letzten Jahren nichts erhalten hat und unter einem gewissen Level ist, der bekommt noch eine Lohnerhöhung, ohne nochmals darüber zu diskutieren. Dort hat der Stadtrat nochmals ein Gleiches getan, um diese sogenannten Härtefälle abzufedern.

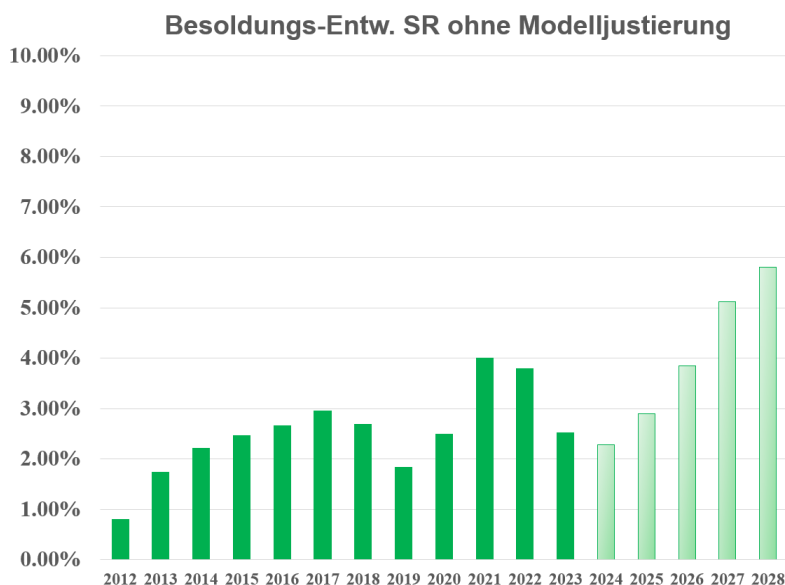


Ich betone, dass wir zwischen 1. Januar 2011 und 31. Dezember 2021 faktische eine Nullteuerung hatten, wo nichts ausgeglichen wurde beim Kanton. Während wir in Dübendorf eine Reallohnerhöhung von 1 % neben der Teuerungsabrechnung hatten. Da war die Stadt Dübendorf relativ gut unterwegs.

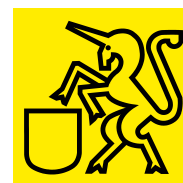
Ich möchte nochmals mit meiner Präsentation 2-3 Dinge zeigen, was jetzt das bedeutet.

Zum Vergleich: Der Kanton hat zwar letztes Jahr 3.5 % Teuerungsausgleich gegeben, was aber niemand mehr so genau gelesen hat: Er hat die Quote für die Beförderungen um 0.6 % gekürzt. Damit ist der individuelle Teil deutlich gesunken. Das stand dann nicht so deutlich in den Zeitungen. Also eigentlich war die Lohnsummenerhöhung nicht 3.5 %, sondern nur 2.9 %. Und dieses Jahr redet man von 1.6 %, die er Kanton ausgleicht. Ich möchte nun noch den Bund zum Vergleich geben. Dieser hat letztes Jahr keinen vollen Teuerungsausgleich, er hat 2.5 % gegeben, nichts von 3.5 %. Und dieses Jahr hat gerade das Parlament im Budget entschieden, dass 1 % Teuerungsausgleich und Fr. 500 für die tiefsten Lohneinkommen. Also auch da kein voller automatischer Teuerungsausgleich und das ist die Bundesverwaltung, nicht irgendwie eine Gemeinde XY. Das ist die Verwaltung des Bundes von der man sonst sagt, sie sei übergrosszügig. Aber hier hat der Finanzminister Ueli Maurer doch mit den Gewerkschaften hart verhandelt, dass er dies zweimal so umgesetzt hat. Einfach, dass man diesen Vergleich auch kennt.

Nun zum Gemeinde- und Kantonsvergleich:



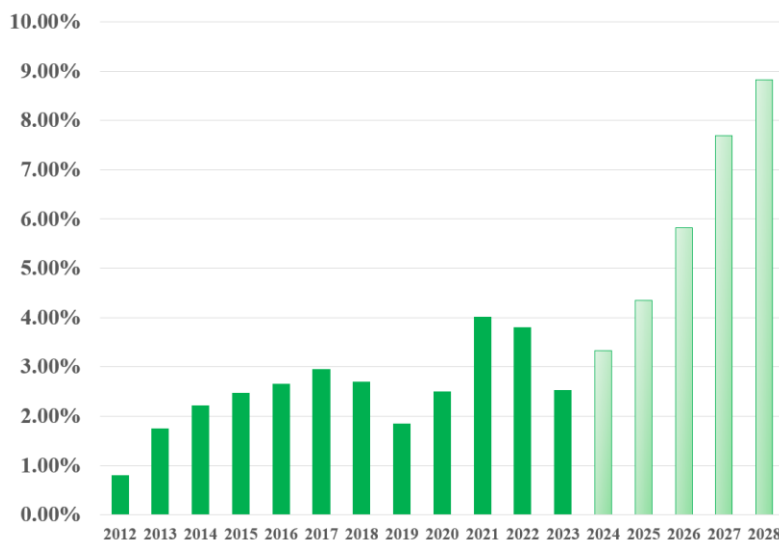
Wenn wir nun einfach die Nerven gehabt hätten und gesagt hätten, das kommt von selbst wieder ins Lot und nur im 2023 die einmalige Massnahme, die wir sowieso geplant hatten, dies gemacht hätten, dann sieht man, wir waren in der Entwicklung in den letzten Jahren eigentlich markant immer über dem Kanton. Wir hatten auch im 2019 einmal einen Einbruch, da hat der Kanton zwei Jahre mehr gemacht wie Dübendorf, weil wir Negativteuerung hatten. Das hat niemand gemerkt oder niemand darüber diskutiert. Das hat sich im 2020 schon wieder ausgeglichen und im 2021 ist es explodiert. Da war Dübendorf plötzlich absoluter Spitzenreiter. Im 2022 immer noch und auch im 2023 mit den getroffenen Massnahmen sind wir gegenüber dem Kanton 19/20 gewesen. Das sind einfach statistische Fakten. Und wie gesagt, die Teuerung hat erst im 2022 richtig begonnen, vorher hatten wir gar keine. Und im 2024 wären wir nochmals leicht zurückgefallen, aber immer noch deutlich höher als der Kan-



ton über die Zeit, in etwa so auf dem Niveau 2019/2020. Bereits 2025 wären wir stabilisiert und ab 2026 hätten wir wieder Rekordhöhen, wenn man eine mittlere Teuerung von 1.5 % einrechnet.

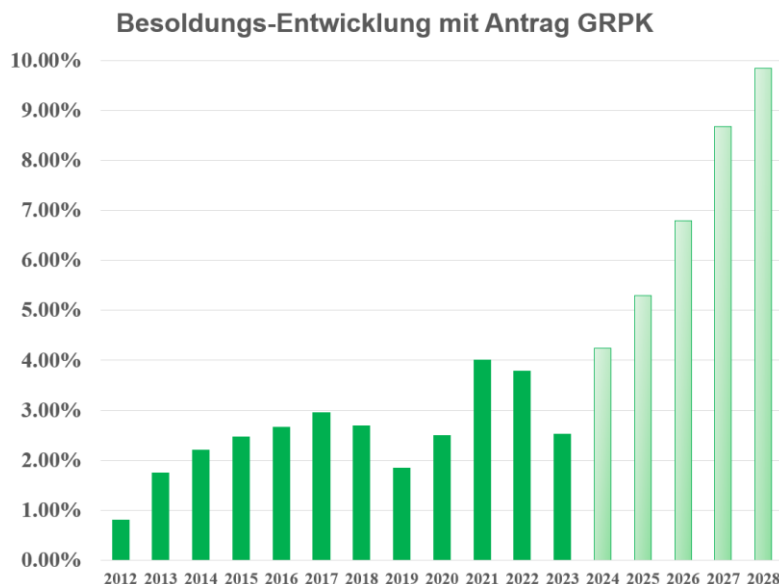
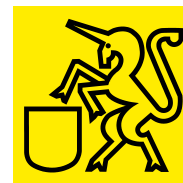
Nun hat der Stadtrat das Modell justiert. Und dieses justierte Modell führt dazu, dass wir - nach dem 2023, in dem wir etwas unter pari waren - im 2024 mit den Lohnmassnahmen bereits wieder nahe ans oder übers 2020 oder 2017 kommen, aber noch nicht ganz ans 2022 heran. Im 2025 würde dieses Modell ohne weitere Korrekturen den Rekord 2022 brechen. Und da sieht man 2026-2028, weil das Modell nun nicht mehr sauber justiert, weil es nun linear die Lohnerhöhung von 1 % neben der Teuerung einberechnet, würde es ziemlich abgehen. Das müssen wir dann ansehen, ob dies wirklich richtig ist so, wenn die Teuerung nun tatsächlich nicht höher ist. Wenn sie 2-3 % ist, sieht es anders aus. Wir sind davon ausgegangen, die Teuerung würde eher hoch sein. Der Stadtrat muss das Modell nun jedes Jahr anschauen. In dem Sinne hat der Stadtrat die Stellschraube in der Hand. Ich habe jetzt einfach angenommen, das Modell würde nicht mehr weiter justiert. Was der Stadtrat übrigens auch entschieden hat: Er wird in Zukunft jedes Jahr Preis geben, wieviele Prozente gibt es automatisch für alle und was ist die individuelle Lohnbeförderung, was wir bisher nicht auseinandergenommen haben. Der Stadtrat wird in Zukunft wieder alle Löhne sehen, auch wenn es hier im Saal auch Kritik am neuen Führungsmodell gibt, und wird das wieder Gesamtheitlich ansehen. Er hat sich in den letzten 10 Jahren nicht mehr in die Lohnpolitik der unteren Stufen eingemischt, das war Sache der Verwaltungsführung. Nach dieser Erfahrung hat nun der Stadtrat entschieden, er möchte wieder mehr wissen, um nicht mehr so auf den falschen Fuss erwischt zu werden.

Besoldungs-Entwicklung SR mit Modelljustierung



Und nun kommt ich zum GRPK-Antrag:

Mit diesen Zahlen, von denen ich nicht sicher bin, ob sie stimmen. Der Zusatzantrag der GRPK führt dazu, dass wir bereits im 2024 wieder ein Rekordhöhe haben und nachher geht das entsprechend weiter und deutlich hoch. Es geht dann halt nochmals steiler hoch.



Das sind einfach Fakten und Daten. Jetzt weiss ich, jetzt kommt die Kritik. Das kann man so nicht sagen, es geht um die Teuerung oder es geht nicht um die Teuerung. Dübendorf hat ein anderes Grundmodell. Man hat klar gesagt, dass es keinen automatischen Teuerungsausgleich geben soll sondern grundsätzlich einen Leistungslohn. Was aber selbstverständlich heisst, wenn eine Teuerung anfällt – wie aktuell – der Stadtrat entsprechend einen Teuerungsanteil machen muss, so wie er das mit den 3 % und den Fr. 3'000 ab einem bestimmten Lohnniveau. Man muss klar sagen, ab einem bestimmten Lohn ist der Teuerungsausgleich nicht mehr kaufkrafterhaltend. Bei tiefen Löhnen ist das richtig, bei höheren Löhnen geht es nicht mehr darum die Vermögensbildung durch einen Teuerungsausgleich zu finanzieren, sondern um Leistung, die entsprechend sein muss.

Und natürlich muss man aufpassen, wenn die Teuerung nun 10 Jahre lang hoch bleibt und man diese bei den höheren Löhnen nicht ausgleicht in Prozent sondern nur in Franken, dann geht die Schere eigentlich auf, dass die mit den oberen Löhnen eher schlechter fahren. Wobei dies ja wahrscheinlich über die Leistung wieder einkorrigiert wird.

Das Fazit des Stadtrates ist, er hat seine Hausaufgaben gemacht. Er ist zwar auf dem linken Fuss erwischt worden. In der Kommunikation ist nicht alles optimal gelaufen. Es wäre jetzt eigentlich aus Sicht des Stadtrates falsch, wenn der Gemeinderat nun noch zusätzliches Geld sprechen würde. Nachdem die Massnahmen, die der Stadtrat nun gesprochen hat, grundsätzlich greiffen und auch zeigen, dass das Modell funktioniert. Es geht auch darum, dies zu erklären. Nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nun nach der Ankündigung des Stadtrates der Meinung, es sei alles falsch. Ich habe auch viele Signale von Mitarbeitenden erhalten, die durchaus erkannt haben, der Stadtrat hat seine Hausaufgaben gemacht und er macht etwas. Selbstverständlich, gegen mehr Lohn wird sich nie jemand sperren.

Und man muss die GRPK-Mehrheit dann fragen, was sie mit ihrem Betrag genau will. Es ist ein Betrag eingestellt von etwas über Fr. 500'000. Ich habe heute versucht zu rechnen, wie der Betrag zustande kam. Vielleicht kann man mir das jemand dann noch erklären. Aus Sicht des Finanzvorstandes ist es so, wenn das fürs Verwaltungspersonal der Betrag budgetiert werden soll, dann hätten wir 2.86 % der Lohnsumme zur Verfügung. Beim ASZ und bei der Primarschule ist nichts eingestellt. Wenn es nun aber doch für alle gelten sollte – und der Stadtrat hat klar entschieden, egal, was das Parlament heute entscheidet, wird alle Mitarbeitenden mit dem Betrag gleichbehandeln –



reden wir nach den Schätzungen des Finanzvorstandes von zusätzlichen 1.24 % der Brutto-lohnsumme, die die GRPK hier beantragt. Was ich aber in der Fraktion gehört habe, da hat man von 0.8 % gesprochen. Ich wäre einfach froh, wenn man mich auch mit dem Entscheid aufklärt, was der Wille des Parlaments genau ist. Ist es der Wille einen bestimmten Prozentsatz für alle? Entweder für alle gleichviel? Oder der Stadtrat hat gewisse Freiheitsgrade? Oder so viel habt ihr zur Verfügung für alle oder nur für die Stadtverwaltung. Hier benötigt es eine klare Handlungsanweisung. Die Zahlen gehen so für mich schlicht nicht auf.

Ich bitte daher nochmal, den Antrag der GRPK-Mehrheit abzulehnen und dem Antrag der Minderheit und des Stadtrates, der seine Hausaufgaben gemacht hat und das auch in Zukunft anschauen wird, zu folgen. Der Stadtrat wird einen Teuerungs- und einen Leistungsanteil definieren und dies auch in zwei Budgetposten – wie von der GRPK gewünscht - ausweisen."

Christian Gross (SP)

"Ich halte zunächst den emotionalen Teil des Votums und gehe nachher gern noch auf die Frage ein, die Martin Bäumle am Ende noch aufgeworfen hat.

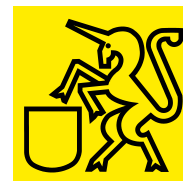
Dübendorf hat ein Problem, das darf man wohl sagen. Oder eigentlich grad eine Reihe von Problemen. Etwa 2000 Stellenprozente oder sogar etwas mehr können aktuell nicht besetzt werden. Unsere Verwaltung gerät dadurch enorm unter Druck. Viele Mitarbeitende – beinahe ein Fünftel alleine im laufenden Jahr – kehren der Stadt den Rücken und suchen sich Arbeitgeber mit attraktiveren Bedingungen. Dadurch wird es natürlich nicht einfacher, die offenen Stellen zu besetzen.

Dazu hat Dübendorf ein einzigartiges Lohnsystem. Und das meine ich jetzt nur beschränkt als Lob. Einen Teuerungsausgleich im engeren Sinne gab es in der Vergangenheit nicht. Die Teuerung wurde lediglich berücksichtigt, wenn die Quote für Besoldungserhöhungen festgelegt wurde. Ob dann alle Mitarbeitenden einen Teuerungsausgleich bekamen, lag in der Hand der Abteilungsleitenden. Und oft genug war das nicht der Fall: Der Stadtrat hat festgestellt, dass rund 10% der Mitarbeitenden als Härtefälle anzusehen sind, die über die letzten Jahre eine negative Reallohnentwicklung erlebten. Wenn ich die Zahl korrekt mitbekommen habe. Die fehlende Trennung zwischen Individuellen Lohnerhöhungen und Teuerungsausgleich hat zu Unverständnis und Frust beim Personal geführt. Das haben hoffentlich alle mitbekommen.

Der Stadtrat hat das zum Glück gemerkt. Er hat beschlossen, von seinem bisherigen System abzuweichen und gewisse Korrekturen vorzunehmen. Wir sind nun der Meinung, dass der Stadtrat, wenn er sowieso schon von seinem bestehenden System abweicht, noch einen Schritt weiter gehen könnte. Somit soll der Antrag ein Signal oder etwas mehr als ein Signal sein:

- Gegenüber dem Personal: Die Arbeit der städtischen Angestellten wird wahrgenommen und geschätzt. Uns ist bewusst, dass es in den letzten zwei Jahren viele Konflikte gab zwischen Stadtrat und Personalvertretung. Wir wissen, dass diese nicht nur um den Lohn gingen, aber halt eben auch.
- gegenüber dem Stadtrat soll der Antrag signalisieren: Das System mag vielleicht gut sein. Aber wenn die Umstände sich ändern, wenn das eigene Personal protestiert – dann muss ein System angepasst werden. Heute können wir eine kleine Korrektur anbringen. In Zukunft werden wir uns zusammensetzen müssen, um dann ein zukunftsfähiges Lohnsystem zu haben, mit dem alle leben können.

Vor allem aber soll der Antrag natürlich materielle Verbesserungen bringen. All die Angestellten, die im letzten Jahr eine Reallohneinbusse hatten und Dübendorf dennoch treu geblieben sind, sollen wenigstens einen kleinen Ausgleich erhalten. Und zwar jetzt, nicht erst in drei Jahren.



Und nun noch zur Frage der Höhe. Ich bin etwas überrascht, wenn ich die Zahl von 2.86 % höre. Weil eigentlich hat die GRPK den Stadtrat gefragt, welche Summe wir einstellen müssten, um 1.6 % einstellen müssten. Diese Summe haben wir dann halbiert und in den Antrag aufgenommen. Und ich bin nicht ganz sicher, ob Fr. 500'000 ausreichen bei unserer Lohnsumme, um zusätzliche 2.86 % zu finanzieren. Davon bin ich ehrlich gesagt auch gerade überrascht.

Weiter zum Antrag: An uns wurde ausserdem herangetragen, dass das Konto das ASZ und die Primarschule nicht berücksichtigt. Ich habe daher persönlich noch zwei Anträge für geringere Summen für diese beiden Bereiche eingestellt. Es wäre also das ganze Personal gemeint mit drei einzelnen Anträgen."

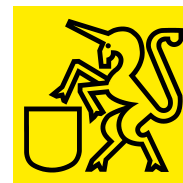
Thomas Maier (glp/GEU)

"Viel zu diskutieren, gab es rund um den Ausgleich der Teuerung für all die Menschen, die jeden Tag im Dienste unserer Stadt ihr Bestes geben. Wie Sie bereits gehört haben, ist die Ausgangslage die, dass der Stadtrat jetzt für das Personal einen Teuerungsausgleich von 3% für Einkommen bis Jahreslär CHF 100'000.- und darüber pauschal 3000.- unabhängig vom Jahreslohn, beantragt. Damit weicht der Stadtrat, vorerst "einmalig", vom bisherigen Modell ab und will die Teuerung v.a. für die tiefen Einkommen ausgleichen. Zur Erinnerung: Das bisherige Modell nimmt die Teuerung im Durchschnitt der letzten 3 Jahre plus einen Zusatz von ca. 0.8% der Lohnsumme und stellt dies den Abteilungsleitern zum Verteilen als Lohnerhöhungen individuell zur Verfügung. Dies führte, unter anderem, zu den bekannten, grossen Diskussionen im laufenden Jahr. Wir hatten letztes Jahr an dieser Stelle dem bisherigen Modell zugestimmt. Aus unserer Sicht haben beide Vorgehensweisen zur Ausgleichung der Teuerung ihre Vor- und Nachteile.

Ein Ausgleich, der im selben Jahr wie die Teuerung anfällt ist aus einer volkswirtschaftlichen Sicht nicht unbedingt erwünscht, da wir damit ebenfalls an der Teuerungsschraube drehen. Andererseits stehen wir in einer Konkurrenzsituation mit anderen Gemeinden, die eben dieses Modell so fahren. Diese, wie auch der Kanton haben bereits per 1. Januar 23 wie jetzt auch wieder per 1. Januar 24 die Teuerung, teilweise sogar mehr als ausgeglichen. Die verzögernde Wirkung der 'Glättung' der Teuerung über drei Jahre hat in Zeiten anziehender Inflation volkswirtschaftliche Vorteile, führt aber bei den Arbeitnehmern zumindest vorübergehend zu Reallohneinbussen, welche vor allem für tiefere Einkommen schmerzhaft sein können, wir haben es gehört. In der aktuell angespannten Situation bei den Mitarbeitern und Fachkräftemangel ist das Aussetzen der Verzögerung sinnvoll und angemessen, was wohl auch den Stadtrat jetzt zu seinem Antrag fürs Budget 2024 bewogen hat. Ein anderer Punkt ist, dass in Dübendorf der geglättete Teuerungsausgleich mit einem Zusatz von ca. 0.8% der Lohnsumme gemischt ist und den Abteilungsleitern zum Verteilen als Lohnerhöhungen individuell zur Verfügung gestellt wird. Dies ermöglicht es zwar, ausserordentliche Leistungen oder sogenannte "Nachholer" schneller zu belohnen resp. anzuheben. Diese Mischrechnung macht das System allerdings nochmals komplexer. Umso mehr ist es darauf angewiesen, dass alle es verstehen, gut anwenden und als fair empfinden. Offenbar war v.a. Letzteres nicht mehr gegeben.

Aus unserer Sicht wichtig ist, festzuhalten, dass der Teuerungsausgleich und diese Mischrechnung Aspekte sind, die aktuell in eine Gesamtbetrachtung zur Situation des Personals der Stadt Dübendorf miteinfließen müssen – neben anderen Themen, wie dass – wie bereits gehört - 10% der Stellen der Stadt unbesetzt sind oder die Fluktuation 2023 gegen 20% angestiegen ist. Dies ist allerdings nicht Teil der Budgetdiskussion.

Zurück zum Teuerungsausgleich heisst das für uns: wenn wir jetzt schon die Teuerung ausserordentlich einmalig ausgleichen wollen, wie es der Stadtrat vorschlägt, dann sind wir der Meinung, dass wir auch gleich die ganze Teuerung der Jahre 2022 und 2023 ausgleichen sollten, d.h. so wie es der



Kanton und die meisten anderen Gemeinden getan haben. Entweder richtig oder gar nicht. Wir haben die Zahlen vorhin gehört, ich wiederhole diese nicht. Es fehlen im Antrag des Stadtrates ca. 0.8 % der Lohnsumme.

Mit dem Mehrheitsantrag der GRPK ermöglichen wir dem Stadtrat hier einen Ausgleich analog dem Kanton und den anderen Gemeinden und wir unterstützen diese Mehrheit mit den erwähnten Überlegungen. Die Idee ist, dass es 0.8 % der Lohnsumme gibt, also insgesamt 3.8 % mit den Zahlen, die uns in der GRPK zum Zeitpunkt der Beschlussfassung vorlagen. Wir machen bewusst auch keine Aussagen dazu, wie der Stadtrat diesen Ausgleich konkret ausgestalten soll. Wir sind das Parlament, das im Rahmen des Budgets Geld sprechen und grobe Zielsetzungen vorgeben kann und soll. Die konkrete Ausgestaltung ist Aufgabe und bewusst Freiraum der Exekutive.

Für das zukünftige System ist das aus unserer Sicht ebenfalls kein Präjudiz, da wir damit lediglich die Teuerung jetzt schon ausgleichen und eben nicht erst in 3 Jahren – ich betone das noch einmal klar: wir betrachten diese Anpassung jetzt als ausserordentliche Massnahme. Wie wir es in Zukunft handhaben wollen, werden wir zusammen in den nächsten Monaten herausfinden müssen."

Theo Johner (die Mitte/EVP)

"Vieles wurde bereits gesagt. Der Fraktion die Mitte/EVP ist vor allem die Vermischung oder fehlende Trennung zwischen Teuerungsausgleich und individueller Lohnerhöhung ein Dorn im Auge. Wir wünschen uns für die Zukunft, dass der Stadtrat dies im Budget klar separat ausweist. Es ist aber auch klar, dass dies jetzt nicht möglich ist. Es ist ein Wunsch für die Zukunft.

Am heutigen Abend werden wir den Antrag der GRPK-Mehrheit unterstützen. Beim Antrag der GRPK-Minderheit erstaunt uns, dass man eine einmalige Lohnerhöhung mit einem Teuerungsausgleich verwechselt. Diese Zahlung ist einmalig und im nächsten Jahr nicht wiederholt. Etwas erstaunt uns auch leicht: Martin Bäumle haben wir bisher nicht als Umverteiler im Sinne der SP eingeschätzt. Wir sind der Meinung, wenn jemand einen höheren Lohn hat, dann dürfte dies einen Grund haben, sonst hätte er ihn nicht verdient. Und dann gilt für ihn die Teuerung halt auch wie für die anderen.

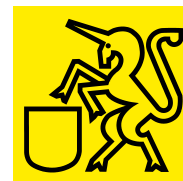
Damit wäre bereits alles gesagt, was meine Vorredner nicht auch schon gesagt haben."

Julian Croci (Grüne)

"Auch wir werden dem Antrag der GRPK-Mehrheit zustimmen. Es wurde praktisch schon alles gesagt. Zum Schluss einfach noch: Es ist seltsam, dass wir in Dübendorf ein System der Lohnerhöhung und des Teuerungsausgleichs haben, das so kompliziert ist, dass der zuständige Stadtrat dieses, während 10 Minuten erklären muss, während wir mit einer Aufgabenüberprüfung von der Verwaltung fordern, dass sie ihre Aufgaben möglichst effizient und zielgerichtet erfüllt. Darum würde ich vorschlagen, in Zukunft: Ein Konto für den Teuerungsausgleich, einfach zu Berechnen für den Stadtrat, einfach zu Entscheiden für den Gemeinderat, ob man den Teuerungsausgleich ganz, teilweise oder gar nicht geben will, und ein Konto für die individuellen Lohnerhöhungen. Aber diese seltsame Bürokratisierung in diesem Prozess – ich hoffe, ich trete dem Stadtrat nicht zu nahe – finde ich etwas unpassend."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Keine Angst, ich werde keine materiellen Antworten mehr geben. Es geht mir nochmals um die Zahlen. Offenbar hat man unsere Antwort auf die Frage nach den Kosten für eine rückwirkende Zahlung eines Teuerungsausgleichs versucht umzurechnen für die 0.8 % der Lohnsumme. Das dabei nicht viel Genaues herauskommt, ist in etwa abzusehen.



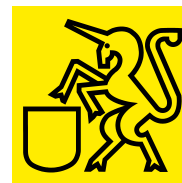
Ich möchte festhalten, was wir heute im Budget habe: Für alle Mitarbeitenden inklusive Primarschule und ASZ ist im Budget ein Teuerungsausgleich von Fr. 1.265 Mio. und Fr. 391'000 als individuelle Besoldungserhöhung eingestellt. Auf die einzelnen Abteilungen verteilt, gibt das im städtischen Budget Fr. 721'200 im politischen Gut, wovon die Teuerung Fr. 520'000 und die Lohnerhöhung Fr. 201'000 ist. Dasselbe kann man nun noch bei der Primarschule und beim IMWIL suchen. Diese Daten liegen vor und das wurde so vom Stadtrat gerechnet. Wenn man nun für das nächste Jahr 0.8 % der Lohnsumme für alle Mitarbeitenden, nicht nur Stadtverwaltung, sondern auch IMWIL und Primarschule abgesehen von den Lehrern, die vom Kanton bezahlt werden und welche die 3.5 % bereits erhalten haben, dann handeln sich 0.8 % bei unserer Bruttolohnsumme von 45.6 Mio. um Fr. 364'817. Oder anders gesagt, der Antrag 0.8 % müsste auf Fr. 364'817 lauten, das wäre dann der Auftrag an uns, die Fr. 364'817 oder 0.8 % Bruttolohnsumme maximal allen auszugeben. Und es wurde ja bereits gesagt, wie wir es dann verteilen, ob allen 0.8 % oder wie, das sei uns überlassen, das ist Exekutivfunktion. Wir würden es dann wahrscheinlich so machen, weil die Wünsche haben wir jetzt gehört. Wenn sie Fr. 567'500 einstellen und dies für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meinen, dann ist das – wie ich vorhin ausgeführt habe – 1.24 % der Lohnsumme, dass wir dann zu Verfügung haben. Die Frage ist dann, ob wir das ausschöpfen müssen – ausschöpfen muss der Stadtrat sowieso nichts – ist es also der Wunsch der Mehrheit der GRPK die 1.24 % zu geben. Von verschiedenen Seiten habe ich nun die 0.8 % gehört. Wenn es nur um die Stadtverwaltung geht, wie es jetzt auf dem Konto budgetiert ist, und noch weitere Beträge kommen, wären es im Moment 2.86 %. Und man kann mich nachher darauf behaften: Die Zahlen sollten etwa stimmen. Im Allgemeinen stimmen sie nicht schlecht.

Es tut mir leid, wenn der Stadtrat gewusst hätte, dass ein solcher Antrag gestellt werden soll, hätte man uns fragen können, wie man den Antrag formulieren muss und welche Frankenbeträge man benötigt. Meine Finanzabteilung hat nie eine Frage dazu erhalten, ich habe das heute nochmals überprüft. Der Stadtrat konnte notabene auch nicht dazu Stellung nehmen, auch das ist eher unüblich, dass ein Antrag der GRPK-Mehrheit zu einem wesentlichen Thema bringt, zu dem der Stadtrat nicht mehr die Möglichkeit hat, im Rahmen der GRPK Stellung zu nehmen.

Aber ich bitte sie, ihre Entscheidung unabhängig davon, wie sie diese fällen, entweder den Antrag auf die 0.8 % oder die Fr. 364'817 zu adaptieren, dann werden wir das bei einer Mehrheit so umsetzen, oder uns mehr Geld zur Verfügung zu stellen, mit dem Wunsch auch mehr auszuschütten, und dann werden wir auch das machen. Der Stadtrat wird dem Wunsch der Mehrheit folgen."

Roger Gallati (FDP)

"Mein Votum ist mein persönliches Statement und nicht jenes der GRPK-Minderheit. Alle Fraktionsvoten, die wir nun gehört haben, begründeten ihre Zustimmung zum Antrag der GRPK-Mehrheit mit unterschiedlichen Argumenten. Wir haben etliche Zahlen und Beweggründe gehört. Unklar scheint offenbar für alle zu sein, um was es überhaupt geht, wieviel man erhöhen will und sogar auch noch, für wen man überhaupt diese Erhöhung beantragen soll. Für mich ist ehrlich gesagt etwas noch klarer geworden: Es gibt kein sachliches Argument für den Antrag der GRPK-Mehrheit. Es ist eigentlich nichts anderes als ein Misstrauensvotum gegenüber dem Stadtrat. Und ich muss auch ganz ehrlich sagen, auch wenn da vielleicht nicht alles optimal gelaufen ist, so hat der Stadtrat den Bussgang zu Canossa bereits gemacht. Ich muss sagen, ich verstehe, was Martin Bäumle erklärt. Ich verstehe diese Zahlen und mir ist klar, um was es hier geht. Mir ist auch klar, was wir abstimmen sollten. Auch wenn ich weiss, dass die Meinungen offensichtlich schon gemacht sind, wäre dies vielleicht ein Moment, an dem man im Gemeinderat in der Debatte anerkennen müsste, dass man hier einen unüberlegten Antrag in der GRPK-Mehrheit gestellt hat und dass man dies reflektieren sollte. Und von daher hoffe ich, dass sie dem Antrag der GRPK-Minderheit Folge leisten."



Christian Gross (SP)

"Ich bedanke mich vor allem bei Martin Bäumle für die Darlegung der Zahlen. Ich entschuldige mich dafür, dass ich offenbar die Antworten des Stadtrates falsch interpretiert habe. Ich stelle den Antrag, die Sitzung für fünf Minuten zu unterbrechen, damit wir die Zeit erhalten, die neuen und korrekten Zahlen zu besprechen."

Der Ratspräsident unterbricht die Sitzung.

Unterbrechung von fünf Minuten

Christian Gross (SP)

"Da der vorgesehene Betrag im Antrag scheinbar zu hoch war, für das was wir wollen, nämlich 0,8% Teuerungsausgleich für alle Angestellten – also inkl. Primarschule und ASZ, stelle ich einen neuen Antrag. Nämlich: Das Konto 1110.301003 um Fr. 365'000 auf Fr. 1'086'200.00 zu erhöhen. Das reicht gemäss Aussage von Martin Bäumle, um einen Teuerungsausgleich von 0,8 Prozent für das gesamte Personal einzuplanen. Wir müssen dies nun dem Antrag der GRPK gegenüberstellen, wenn ich dies richtig verstanden habe."

Tanja Boesch (die Mitte/EVP)

"Eigentlich wollte ich mich gar nicht mehr zu diesem Thema äussern, aber wir haben nun so viel von Prozenten geredet, dass ich gefunden habe, ich müsse doch noch etwas sagen. Man muss sich einfach ganz klar sein, diese Teuerungszulagen hinken der effektiven Teuerung, die wir haben, inklusive Krankenkassen und Mieten dermassen hinterher, dass es eigentlich gerade für kleinere und mittlere Einkommen ein Tropfen auf den heissen Stein ist. Ich habe gerade vor kurzem wieder gehört, was wir für Luxusmieten haben in Dübendorf. Wir haben Quartiere mit günstigen Wohnungen, die abgebrochen werden, aus denen die Bewohnenden wegziehen und sich irgendwo in anderen Gemeinden Wohnungen suchen müssen. Man kann dann sagen "Ja, bei mir ist das auch so." Aber es kommt immer darauf an. Wenn Sie ausbezahlt Fr. 10'000 haben, dann ist das nicht so schlimm, wenn man etwas mehr Krankenkasse und Miete zu zahlen hat. Wenn man aber ein kleineres oder ein mittleres Einkommen hat, dann geht dies ans Lebendige und darum finde ich das eigentlich müssig, dass wir so lange diskutieren müssen. Ich hoffe einfach, dass der Gemeinderat diesem Antrag zustimmt."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

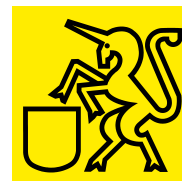
Der Gemeinderat zieht den neuen, von Christian Gross (SP) eingebrachten Änderungsantrag über Fr. 365'000 jenem der GRPK-Mehrheit über Fr. 567'500 mit 24 zu 0 Stimmen vor.

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag von Christian Gross (SP) betreffend Quote für Besoldungserhöhungen mit 24 zu 14 Stimmen an und erhöht den eingestellten Betrag von Fr. 721'200 um Fr. 365'000.

Zweiter Änderungsantrag: Energieplanung

Konto 1740.313000 (Energieplanung) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker etc.)

Kürzung von Fr. 30'000.00 auf Fr. 8'000.00 (Abweichung: - Fr. 22'000.00 S)



Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Fr. 22'000 auf diesem Konto betreffend PubliBike. Die Ausgaben für PubliBike sind aber neu auf dem Konto 1790.313000 budgetiert. Die GRPK ist der Ansicht, dass dieser Betrag deshalb zu streichen ist, da es sich ansonsten um eine «Ausnützung» des freierwerbenden Budgets handeln würde."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Ich möchte hier nicht lange machen. Das ist nicht einfach eine Budgetausschöpfung, sondern hier geht es um Energieplanung. Zwar fallen die Fr. 22'000 weg, aber weil neue Aufgaben dazukommen, würden diese Fr. 22'000 dann dort fehlen. Wenn also der Gemeinderat diesen Betrag streicht, werden wir schauen müssen, wie wir mit diesem Budget zurechtkommen. Eventuell nimmt es der Stadtrat dann halt auf eigene Kompetenz, wenn die Energieplanung dann mehr kostet als heute angedacht. Der Stadtrat möchte in diesem Punkt auch an seinem Antrag festhalten und keine Kürzung vornehmen."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Änderungsantrag der GRPK betreffend Energieplanung mit 33 zu 4 Stimmen zu.

Dritter Änderungsantrag: PubliBikes

Zu diesem Mehrheits-Änderungsantrag besteht ebenfalls ein Minderheitsantrag. Diesen wird Stefan Angliker (FDP) nach dem Votum des GRPK-Präsidenten vorstellen.

Konto 1790.313000 (Verkehrsplanung) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker etc.)

Antrag Stadtrat und
GRPK-Minderheit Fr. 60'000.00

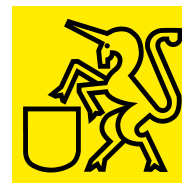
Antrag
GRPK-Mehrheit Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 60'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Die GRPK-Mehrheit beantragt, den Betrag Fr. 60'000 aus dem Budget zu streichen. Mit folgender Begründung: Aus den vom Stadtrat gelieferten Zahlen zur Nutzung der PubliBikes folgern wir, dass die PubliBikes in Dübendorf praktisch nicht genutzt werden (ca. 2% der Zeit sind sie ausgeliehen, den Rest der Zeit stehen sie unbenutzt da). Nicht nur die sehr schwache Nutzung, sondern auch das Konzept z.B. die Standortwahl, sprich zu viele Standorte, sind aus Sicht der GRPK Gründe, auf den Kauf der teuren fünfjährigen Stelen für Fr. 40'000 sowie auf die Erneuerung des Vertrages ab Herbst 2024 für Fr. 20'000 zu verzichten. Die GRPK-Mehrheit beantragt somit, den Betrag Fr. 60'000 aus dem Budget zu streichen."

Stefan Angliker (FDP), Sprecher der Kommissionsminderheit

"Eine Minderheit der GRPK lehnt die Streichung des Betrags und die damit verbundene Abschaffung des Bike Sharing-Angebots in der Stadt Dübendorf ab. Bike Sharing ist ein anerkanntes Mittel, um den Modal Shift in Richtung Veloverkehr zu fördern und trägt zudem zur Standortattraktivität bei. Die Frequenzentwicklung ist positiv und es ist anzunehmen, dass diese Entwicklung weitergeht. Wir anerkennen, dass es bei den Standorten Optimierungspotenzial gibt, welche bei einer Weiterführung



auch zu vertiefen ist. Deswegen jedoch das Bike Sharing-Angebot gerade ganz einzustellen ist aus Sicht der Minderheit jedoch nicht angebracht. Wir sind überzeugt, dass der Beitrag für das Bike Sharing-Angebot eine lohnende Investition ist und dieser daher beibehalten werden soll."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Im Namen des Stadtrates bitte ich Sie, diese Kürzung nicht vorzunehmen. Es ist von der Minderheit schon gesagt worden, das PubliBike eine Institution, die auf städtischem Gebiet recht erfolgreich ist. Wir hatten den Erfolg in Dübendorf bisher nicht. Ob und wie sich der Trend entwickelt wissen wir noch nicht. Es ist darum eine Überprüfung der Standorte und auch der Nutzung aufs 2025 mit einem neuen Vertrag geplant. Wenn man bei dieser Analyse zum Schluss kommt, das Angebot bringe nicht das Gewünschte, und keine positive Trendentwicklung da ist, ist der Stadtrat offen die Diskussion zu führen und die Leistung in Frage zu stellen.

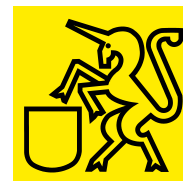
Es ist jedoch so, dass man – weil die neue Situation noch nicht eingetreten ist – den Vertrag für 2024 bereits hat verlängern müssen. Das heisst, die Fr. 22'000 ist der Stadtrat vertraglich eingegangen. Also auch wenn der Gemeinderat die 22'000 oder jetzt 20'000 auf diesem Konto streicht, heisst das nicht, dass das Geld gespart ist. Da sind wir vertraglich verpflichtet, das wird erfolgen.

Das Problem mit den anderen Fr. 40'000 für diese Stelen: Wenn man die Leistung nun sofort herunterfährt, heisst das, die Stelen würden abgeräumt, weil wir die dann nicht kaufen müssten. Dann wäre die Leistung weg. Wenn wir nun aber die Leistung fürs 2024 verpflichtet haben, ist dann aber die Frage, ob wir einfach die Stelen abräumen und die Fahrzeuge dort stehen. Wir müssten überprüfen, was man in einem solchen Fall dann macht. Was der Stadtrat dann sicher nicht macht: Eigene Stelen anschaffen, da dies mutmasslich teurer wäre. Aber es ist so: Die Fr. 40'000 für die Stelen sind noch nicht fix verpflichtet. Man könnte theoretisch den Vertrag machen, zahlen, aber die Nutzung dann entsprechend einschränken. Sie sehen, es ist nicht ganz einfach, wenn auch da – ich sage – relativ überstürzt die Kürzung einer Leistung, die man erst gerade angefangen hat, bei welcher der Stadtrat sich verpflichtet hat und die bis jetzt auch nicht gross bestritten war, von jetzt auf plötzlich zu streichen. Wir bitten Sie, dies ein Jahr laufen zulassen, die Kürzung nicht vorzunehmen, weil wir die Fr. 22'000 bereits zugesagt haben. Der Stadtrat nimmt aber die Kritik ernst, dass wir das genau analysieren, ob wir im 2025 – auch wenn jetzt der Posten bestehen bleibt – weitermachen würden oder ob man dies wegen zu geringer Nachfrage verneint und auf diese Leistung ab 2025 verzichten kann. Bei einer Kürzung heute, wäre das Signal klar: Da müsste der Stadtrat das interpretieren als "so schnell wie möglich aus dem PubliBike aussteigen". Fürs 2025 gibt es keine Verhandlungen, das nehme ich jetzt etwas vorweg. Dann würde der Stadtrat ab 2025 auf diese Leistung verzichten und sich im 2024 nach der Decke strecken mit dem Vertrag, den er schon eingegangen ist, und das umsetzen, was er noch kann oder halt versuchen schrittweise aus dem Vertrag auszusteigen, indem er versucht zu sagen, wir geben die Stelen nach der Hälfte des Jahres zurück und mit den Fr 22'000 ist das abgegolten. Das ist dann am zuständigen Ressortvorstand entsprechende Verhandlungen zu führen. Aber ich bitte Sie, hier dem Stadtrat und der Minderheit zu folgen und diese Posten heute nicht zu streichen."

Diskussion

Christian Gross (SP)

"Velofahren ist toll. Velofahren macht fit, aktiviert. Es ist oft sehr zeitsparend, man bringt andere kaum in Gefahr, und die Umwelt hat Freude. Velofahren ist toll – wenn man am richtigen Ort lebt. Es gibt Städte, die sind fürs Velo gebaut. Dübendorf gehört nicht dazu. Aber auch bei uns werden Velos einen wichtigen Platz in der Verkehrsplanung einnehmen müssen. Dazu gehören Veloabstellplätze, Velowege – und eben auch die Möglichkeit, von Bikesharing Gebrauch zu machen.



Ja, die Auslastung von PubliBikes in Dübendorf lässt noch zu wünschen übrig. Aber wie machen wir Dübi je zur Velostadt, wenn wir nicht irgendwann und irgendwo damit beginnen? Die Auslastung ist ohnehin schon massiv steigend. Wenn bei zukünftigen Verkehrsprojekten das Velo jeweils mitgedacht wird, dürfte dieser Trend noch zunehmen. Darum und aus den von Martin Bäumle genannten Gründen ist eine Streichung des Beitrages kurzfristig."

Julian Croci (Grüne)

"Ich möchte auch beliebt machen, dass man dem Minderheitsantrag zustimmt. Wir haben es vorhin bei der Begründung des Mehrheitsantrags gehört: Die PubliBikes sind nur etwa 2 % der Zeit in Gebrauch. Das entspricht ca. einer halben Stunde. Da muss man noch ergänzen: Wenn wir das bei den privaten PKWs anschauen, sind wir auch in etwa bei dieser halben Stunde. Gut, da sitzen im Durchschnitt auch 1.5 Personen drin, dann wären es 45 Minuten. Aber wenn man sieht, wieviel Geld und Platz wir für diese PKWs ausgeben und wie wenig im Vergleich für die PubliBikes ist das die eine Sache. Der andere Aspekt: Die PubliBikes als Lösung für die letzte Meile – wenn die Stationen an den richtigen Orten wären oder sind, das müsste man definitiv evaluieren – tragen auch dazu bei, dass man auf den ÖV umsteigt und wir weniger Autos auf den Strassen haben, wodurch auch jene, die definitiv aufs Auto angewiesen sind, besser vorwärtskommen. Es liegt also im Interesse von allen, diesen Streichungsantrag nicht anzunehmen."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag der GRPK-Mehrheit betreffend Publibike mit 22 zu 15 Stimmen an.

Da kein Ratsmitglied einen weiteren Änderungsantrag zum Kapitel 1 Präsidium stellt, gilt dieses als genehmigt.

Kapitel 2 Finanzen

Zu diesem Kapitel gibt es nur einen Minderheitsantrag. Christian Gross (SP) wird zunächst diesen vorstellen, bevor dann Paul Steiner (SVP) die Haltung der GRPK-Mehrheit erläutert.

Minderheitsantrag

Konto 2030.363600 (Hilfsaktionen) (Entwicklungshilfe, Patenschaft für Berggemeinden) Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck

Antrag Stadtrat und

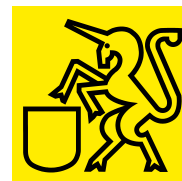
GRPK-Mehrheit Fr. 50'000.00

Antrag

GRPK-Minderheit Fr. 75'000.00 (Abweichung: + Fr. 25'000.00 S)

Christian Gross (SP)

"Dübendorf geht es gut. Ich glaube, alle die heute im Saal sind können grundsätzlich sagen: Ich bin froh, dass ich hier lebe. Auch finanziell stimmt's für unsere Gemeinde: Trotz eher moderatem Steuerfuss können wir Fr. 32 Mio. auf die Seite legen. Aber nicht allen Menschen geht es gleich gut. Armut existiert; weltweit, aber auch in der Schweiz. Hunger existiert; weltweit, aber – und das geht leider oft vergessen - auch in der Schweiz. Viele Gemeinden leisten freiwillig einen Beitrag, um solche Probleme zu lösen. So auch Dübendorf: Insgesamt Fr. 100'000 werden jedes Jahr aufgewendet für diverse Formen für Hilfsarbeit und Entwicklungszusammenarbeit. Eine Minderheit der GRPK ist der Meinung, dass dieser Betrag auch noch etwas grosszügiger sein könnte. Natürlich, Fr. 25'000 mehr werden



nicht alle Probleme der Welt oder nur der Schweiz lösen. Aber es wäre trotzdem ein Beitrag, den wir leisten könnten, dass wir von unserem sehr schönen Steuerertrag einfach alles für uns behalten, sondern wir der Schweiz und der Welt auch etwas zurückgeben. Daher beantrage ich, den Antrag zu unterstützen."

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Die Mehrheit der GRPK beantragt dem Vorschlag des Stadtrats zu folgen und den Beitrag unverändert bei Fr. 50'000 zu belassen. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang, dass Spenden und Hilfsaktionen mit Steuergeldern, an willkürlich ausgewählte private Organisationen keine primären Aufgaben der Kommunen sind."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest. Ich möchte aber die Aussage der Mehrheit insofern korrigieren, als es keine willkürliche Vergaben sind, die der Stadtrat macht. Er hat klare Kriterien und es ist auch abhängig vom Jahresabschluss, wieviel der Stadtrat einsetzt, ob Fr. 50'000 oder 100'000. Wir bitten Sie in diesem Sinne, den Budgetposten so zu genehmigen, wie ihn der Stadtrat beantragt hat. Wir werden mit dem Betrag, nach unseren Kriterien sinnvolle Ausgaben tätigen, für jene die es ein bisschen weniger gut haben."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den Antrag der GRPK-Minderheit mit 28 zu 11 Stimmen ab.

Da keine weiteren Änderungsanträge zu diesem Kapitel gestellt werden, gilt das Kapitel 2 Finanzen als genehmigt.

Kapitel 3 Hochbau und Kapitel 4 Tiefbau

Da weder die GRPK noch einzelne Ratsmitglieder Änderungsanträge zu diesen Kapiteln stellen, gelten beide Kapitel als genehmigt.

Kapitel 5 Sicherheit

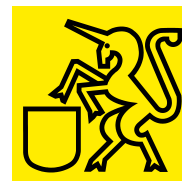
Änderungsantrag: Streichung Fahrzeugleasing

Konto 5200.316100 (Stadtpolizei) Mieten, Benützungskosten Mobilien

Antrag Stadtrat	Fr.	81'900.00			
Antrag GRPK	Fr.	57'000.00	(Abweichung: - Fr.	24'900.00	S)

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Auf diesem Konto sind Fr. 24'900 Leasingkosten für die Ersatzanschaffung eines Mercedes Vito der Polizei budgetiert. Aus Sicht der GRPK ist Leasen in jedem Fall teurer, als ein Kauf und macht nur dann Sinn, wenn kurzfristig keine liquiden Mittel für eine Beschaffung vorhanden sind. Dies ist bei der Stadt Dübendorf nicht der Fall und daher beantragt die GRPK einstimmig, statt einen neuen Bus zu leasen, diesen zu kaufen. Als Folge dieser Streichung wird in der Investitionsrechnung ein Änderungsantrag für den Kauf eines entsprechenden Fahrzeuges gestellt."



Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Geschätzte Anwesende, das Thema Leasing hat zwischen GRPK und Stadtrat einige Diskussionen ausgelöst. Wir haben es so verstanden, dass die GRPK hier zwar in der laufenden Rechnung die Streichung beantragt, aber in den Investitionen dann den Betrag für einen Erwerb einstellen möchte. Mit dieser Vorstellung ist der Stadtrat einverstanden hier zu kürzen im Vertrauen darauf, dass in der Investitionsrechnung auch das entsprechende Gegenmehr erfolgt.

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag der GRPK mit 39 zu 0 Stimmen an.

Da keine weiteren Änderungsanträge gestellt werden, gilt das Kapitel 5 Sicherheit als genehmigt.

Kapitel 6 Soziales

Da weder die GRPK noch einzelne Ratsmitglieder Änderungsanträge zu diesem Kapitel stellen, gilt das Kapitel 6 Soziales als genehmigt.

Kapitel 7 Bildung

Die GRPK stellt drei Änderungsanträge zur Bildung.

Erster Änderungsantrag: Supportvertrag Krisenbegleitung für Schulen

Konto 7000.313099 (Primarschulverwaltung) Dienstleistungen Dritter diverse

Antrag Stadtrat	Fr.	15'100.00		
Antrag GRPK	Fr.	10'100.00	(Abweichung: - Fr.	5'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Die Primarschule hat sich inzwischen gegen einen Supportvertrag für die Krisenbegleitung entschieden. Die entsprechenden Fr. 5'000.00 können somit aus dem Budget gestrichen werden. Ich darf hier vorgreifen: Der Stadtrat ist mit dieser Budgetreduktion einverstanden."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat ist einverstanden."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

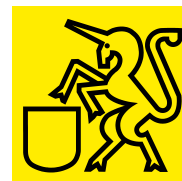
Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Änderungsantrag mit 39 zu 0 Stimmen zu.

Zweiter Änderungsantrag: Vorfinanzierung Three Point

Konto 7100.489300 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Entnahmen aus Vorfinanzierungen des Eigenkapitals

Antrag Stadtrat	Fr.	4'640'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	5'271'400.00	(Abweichung: + Fr.	631'400.00 H)



Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Das Three Point wird im 2024 fertiggestellt, aus diesem Grund steigt die Abschreibung auf dem Konto 7100.330040 für Hochbauten und Mobiliar deutlich an. Gleichzeitig damit muss die Vorfinanzierung über die Abschreibungsdauer aufgelöst werden. Der Antrag der GRPK für diese Budgetanpassung erfolgt einstimmig. Auch hier hat sich der Stadtrat mit dem Antrag als einverstanden erklärt."

Der Stadtrat verzichtet auf sein Votum.

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag der GRPK mit 39 zu 0 Stimmen an.

Dritter Änderungsantrag: Streichung doppelte Budgetierung Letec Client Patch Management Lösung

Konto 7200.311800 (Schulbetrieb) Anschaffung immaterielle Anlagen

Antrag Stadtrat	Fr.	216'400.00		
Antrag GRPK	Fr.	193'100.00	(Abweichung: - Fr.	23'300.00 S)

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Auf diesem Konto wurden Fr. 23'300 irrtümlich doppelt budgetiert. Der Antrag zur Budgetreduktion der GRPK erfolgt einstimmig. Der Stadtrat unterstützt den Änderungsantrag."

Der Stadtrat verzichtet auf sein Votum.

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat nimmt den Änderungsantrag der GRPK mit 39 zu 0 Stimmen an.

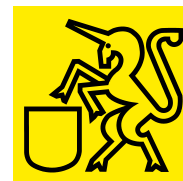
Da weder die GRPK noch einzelne Ratsmitglieder weitere Änderungsanträge zu diesem Kapitel stellen, gilt das Kapitel 7 Bildung als genehmigt.

Zwischenabstimmung betreffend Erfolgsrechnung

Der Gemeinderat stimmt der Budgetierung betreffend Erfolgsrechnung mit den soeben beschlossenen Änderungen mit 39 zu 0 Stimmen zu.

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) kündigt eine kurze Pause an und nimmt vorweg, dass er aufgrund der fortgeschrittenen Zeit das Traktandum 4 «Postulat Flavia Sutter (Grüne) und 9 Mitunterzeichnende „Schutz der Artenvielfalt“ / Antrag auf Abschreibung» in Absprache mit der Postulantin zur Verschiebung auf die nächste Sitzung beantragen wird.

Pause



Detailberatung Investitionsrechnung

Kapitel 1 Präsidium

Zu diesem Kapitel liegt ein GRPK-Minderheitsantrag vor.

Änderungsantrag: Umgestaltung Adlerplatz

Minderheitsantrag

Konto 1795.501000.IR01302 (Strassen und Verkehrswege) Adlerplatz Umgestaltung (Aufhebung PP)

Antrag Stadtrat und
GRPK-Mehrheit Fr. 150'000.00

Antrag
GRPK-Minderheit Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 150'000.00 S)

Lukas Schanz (SVP), Sprecher der Kommissionsminderheit

"Bei diesem Antrag geht es um eine Investition von Fr. 150'000, die der Stadtrat mit der Begründung "Umgestaltung Adlerplatz, Aufhebung Parkplatz" budgetiert hat. Eine Minderheit der GRPK ist der Meinung, dass man für etwas, das der Gemeinderat bereits dreimal abgelehnt hat, kein Geld ausgeben muss. Ich erinnere an ein Postulat von Patrick Walder im Jahr 2016, welches forderte, dass die Parkplätze am Adlerplatz bestehen bleiben müssen. Bereits im Budgetprozess 2016 gab es eine sehr emotionale Debatte zu diesem Thema und ein Betrag von Fr. 140'000 wurde aus dem Budget gestrichen. Man hat sich also klar für die Parkplätze ausgesprochen. Auch das Postulat von Patrick Walder ist überwiesen worden. Anfang 2022 – genau, es ist noch nicht einmal zwei Jahre her – hat ein Postulat von Thomas Maier, welches einen Park im Zentrum und somit die Aufhebung der Parkplätze forderte, Schiffbruch erlitten. Damals hat die Mitte/EVP-Fraktion treffend festgehalten, dass der Parkplatz im Zentrum für die umliegenden Geschäfte sehr wichtig und bei der Bevölkerung sehr beliebt ist. Ausserdem sei die Fläche für einen Park zu klein. Das hat Bruno Eggenberger als Vorstand des GHI nochmals unterstrichen. Die FDP meinte, dass mit der Umgestaltung des Adlerplatzes nur weiter am Flickwerk Stadtzentrum herumlaboriert wird. Zudem sei der Adlerplatz umgeben von Hauptverkehrsachsen, die auch nach einer Umgestaltung bestehen bleiben würden, da sie wichtige ÖV-Linien trügen. Die Parkplätze sind auch bei Arbeitnehmenden von gewerblichen Betrieben sehr beliebt, weil sie mit dem Lieferwagen kurz einen Znüni oder ein Mittagessen einkaufen gehen können, für das brauche es Aussenparkplätze, hat damals die SVP herausgestrichen. Man dürfe auch nicht vergessen, dass die Feuerwehrezufahrt zur Marktgasse und der Zugang zu den Parkplätzen der Liegenschaften Bahnhofstrasse 1 bis 5 über den Adlerplatz führt, das kann man nicht dicht machen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, in den letzten zwei bzw. sogar acht Jahren hat sich nichts geändert. Der erneute Versuch des Stadtrats die Parkplätze aufzuheben ist für eine Minderheit der GRPK nicht verständlich. Neben all dem, was in den vergangenen Debatten schon gesagt worden ist und sich in keinsten Art und Weise geändert hat, möchte ich noch erwähnen, dass Fr. 150'000 sehr viel Geld für ein Konzept ist."

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Die Mehrheit der GRPK folgt dem Vorschlag des Stadtrats und befürwortet die Budgetierung von Fr. 150'000 zur Umgestaltung des Adlerplatzes mit dem Ziel, das Zentrum aufzuwerten. Die Mehrheit der GRPK möchte wie der Stadtrat die Chance nutzen, mit der gestarteten Entwicklung im Leepünt auch Alternativen für die Situation vor dem City Center und der Migros zu prüfen. Im Rahmen der Abklärungen soll der Stadtrat auch die Bedürfnisse des Gewerbes aufnehmen. Die Mehrheit ist zu-



dem der Ansicht, dass sich auf dem Adlerplatz attraktive Alternativen ergeben könnten, die sowohl das Parkieren wie auch die Aufwertung des Zentrums und die Umsetzung von Hitzeminderungsmaßnahmen ermöglichen. Die GRPK-Mehrheit möchte daher an der Budgetierung festhalten."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Nur ganz kurz: Ich habe den Ausführungen des Sprechers der GRPK-Mehrheit nichts beizufügen und bitte Sie, an dem Posten wie beantragt festzuhalten."

Diskussion

Thomas Maier (glp/GEU)

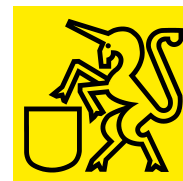
"Hier beantragt der SR eine Position für ein Konzept für eine mögliche Umgestaltung des Adlerplatzes. Wir unterstützen diese Investition und bitten Sie, hier unbedingt der GRPK-Mehrheit zu folgen und diese Position im Budget drin zu lassen. Wie Sie wissen, diskutieren wir immer und immer wieder die Gestaltung des öffentlichen Raums in unserem "Zentrum". Ebenfalls bekannt ist – und das hat sich in den letzten Jahren eben verändert - dass wir auf dem Leepünt-Areal bereits eine grössere städtebauliche Initiative angestossen haben. Viele hier drin beklagen auch immer wieder, dass Dübendorf, mittlerweile eine Stadt mit über 30'000 Einwohnern, kein wirklich attraktives Zentrum hat. Wir sind froh, dass der Stadtrat jetzt hier die Chance ergreift und die sich abzeichnenden Verbesserungen auf dem Leepünt-Areal, beim Stadthausplatz, etc. endlich auch etwas grösser anfangen zu denken will. Dazu sollten wir dringend über die Zentrumskreuzung hinweg denken und den Raum beim City-Center und Migros mit einbeziehen bis zum Chilbiplatz. Vielleicht gibt es ja jetzt dann wirklich einmal Ideen und Lösungen, die eine breitere Akzeptanz finden, mehr Aufenthaltsqualität im Zentrum ermöglichen und doch kurze Wege für alle gewährleisten sind, egal ob sie zu Fuss, mit dem Auto oder mit dem Velo oder sonstwie unterwegs sind.

Gerne verweise ich in diesem Zusammenhang auch noch auf das Räumliche Entwicklungskonzept der Stadt Dübendorf, in dem explizit erwähnt ist, dass unser Zentrum gestärkt werden soll als attraktiver, öffentlicher Lebensraum. Auch im Planungsinstrument "fil jaune" ist als Ziel die Stärkung städtischer Begegnungsräume (Abfolge von stadtwweit bedeutenden, öffentlichen Nutzungen und Freiräumen) formuliert – der Adlerplatz liegt da mittendrin.

Wir finden immer noch, dass, wenn dann die Parkplätze wieder zum Thema werden, mit den beiden Tiefgaragen bei Migros und City-Center, den Parkplätzen entlang der Zürichstrasse und dem Chilbiplatz sehr viele Parkplätze zur Verfügung stehen. Dies zeigen ja oft auch die Tafeln des Verkehrsleitsystems an. Selbstverständlich haben auch wir aktuell keine abschliessende, alle befriedigende Lösung für den Dübendorfer selbst gemachten Verkehr im Zentrum. Vielleicht gibt es die auch nicht, sondern es wird ein tolerantes Miteinander sein müssen. Und, vielleicht, braucht es auch das eine neue Denken "um die Ecke". Als Idee: wieso könnten z.B. die Parkplätze auf dem Adlerplatz nicht einige Parkplätze an die Längsseite des City-Center "verschoben" werden? Dies würde wunderbar zum Einbahnregime passen und die oft geäusserte Kritik des Gewerbes aufnehmen, dass sie über Mittag kurz mit höheren Autos da parkieren, ihr Mittagessen holen und wieder wegfahren können. Als eine von möglichen neuen, anderen Ideen. In dem Sinne: Geben sie dieser Budgetposition zur Konzeption eines attraktiven Zentrums eine Chance."

Theo Johner (die Mitte/EVP)

"Eigentlich wollte ich nun die Argumente der Mitte/EVP gegen diesen Kredit basierend auf unserem Votum vom letzten Mal wieder aufführen. Da der Minderheitensprecher der GRPK schon mehr oder weniger wörtlich vorgelesen hat, was wir das letzte Mal gesagt haben, mache ich es kurz und sage, dass sich unsere Meinung dazu nicht geändert hat. Die Gestaltungsmöglichkeiten am Adlerplatz sind sehr eingeschränkt aufgrund der Rahmenbedingungen und wir sind daher nach wie vor gegen den Kredit, weil wir der Meinung sind, dass ein Projekt danach keine Chance hätte."



Patrick Walder (SVP)

"Ich möchte fairerweise ankündigen: Wenn der Antrag der GRPK-Minderheit zur Streichung nicht durchkommt, wird die SVP – hoffentlich mit Verbündeten wie dem Gewerbeverband und anderen Parteien hier im Saal – eine Initiative ergreifen. Wir sehen es als extrem wichtig an, dass die Parkplätze aus erwähnten Gründen, auf die ich nun nicht nochmals weiter eingehen werde, erhalten bleiben können. Ich bin überzeugt, gerade weil es wahrscheinlich ein knappes Ergebnis geben wird, und wir hier im Saal ja verbündete Partner haben und auch das Gewerbe zu den Verbündeten zählen dürfen, dass wir innert Kürze die Unterschriften zusammen haben werden und wir die Abstimmung werden gewinnen können. Zu Bedenken geben möchte ich, was mir auch etwas Schade erscheint: Wir hatten vor Kurzem einen runden Tisch zum Thema Verkehrspolitik. Man war sich dort eigentlich einig, dass man die Emotionen aus dem Verkehrsthema heraushalten sollte, um wieder Lösungen erarbeiten zu können. Mit dem Antrag des Stadtrats, der auch von der GRPK-Mehrheit unterstützt wird, betreibt man aus unnötigen Beweggründen genau das Umgekehrte. Statt einfach einmal die Verkehrspolitik ruhen und den runden Tisch arbeiten zu lassen, wird ein Teil der Bevölkerung – das Gewerbe und auch Teile hier im Saal – provoziert, was wieder zu einem emotionalen Abstimmungskampf führen und das gemeinsame Ziel nicht vorantreiben wird. Uns war es wichtig, dies transparent darzulegen. Damit es nicht heissen wird, wir hätten dies auch sagen sollen. Es soll bereits heute Abend bekannt sein, dass wir grundsätzlich bereit sind und entsprechend die Initiative, sollte der GRPK-Minderheitsantrag nicht durchkommen, sofort lancieren werden."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den Änderungsantrag der GRPK-Minderheit mit 19 zu 20 Stimmen ab.

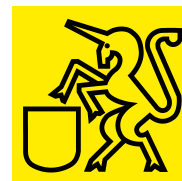
Änderungsantrag Werkflugplatz Dübendorf

Konto 1710.549000.IR01297 (übrige immaterielle Anlagen) Historischer Flugplatz mit Werkflügen

Antrag Stadtrat	Fr.	150'000.00		
Antrag SVP	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	150'000.00 S)

Lukas Schanz (SVP)

"Jedes Jahr haben wir im Budget Geld für die Werkflugplatz Dübendorf AG eingestellt. Manchmal auch noch ein Wenig in der Erfolgsrechnung. Für was genau, weiss niemand ausser dem Stadtrat wirklich. Gerne rufe ich dem Gemeinderat nochmals in Erinnerung, was die Bevölkerung von Dübendorf und jene von Wangen-Brüttisellen und Volketswil befürwortet haben, wobei man erwähnen muss, dass im Moment nur Dübendorf Kosten trägt. Die Bevölkerung hat damals einem interkommunalen Vertrag zwischen den erwähnten Gemeinden zugestimmt, der u.a. wie folgt lautet: "Die Gemeinden verpflichten sich zur Gründung einer gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft nach Art. 762 OR. Die Verpflichtung steht unter den Bedingungen, ... die nötigen behördlichen Zustimmungen vorliegen." Die behördlichen Zustimmungen liegen bis heute nicht vor, darum hat der Stadtrat zusammen mit Privaten eine AG gegründet. Die Gemeinden Volketswil und Wangen-Brüttisellen sind aber nicht beteiligte Aktionäre, weil das mit dem Interkommunalen Vertrag nicht vereinbar gewesen wäre. Das heisst, der Stadtrat hat dies in eigener Kompetenz gemacht und kann sich nicht auf die Entscheidung der Bevölkerung berufen. Wenn man nun sieht, wie viel Geld wir schon für die Werkflugplatz Dübendorf AG ausgegeben haben, dann merkt man, dass der Stadtrat seine Ausgabenkompetenz überschreitet. Wenn man nachsehen möchte, für was das Geld ausgegeben wurde, stellt man fest, da



sind nicht alle Stadtratsbeschlüsse öffentlich. Meine Damen und Herren, wir haben keine Ahnung, für was der Stadtrat Geld ausgibt, und können das nicht kontrollieren. Darum schieben sie dem den Riegel, damit der Stadtrat nicht einfach Steuergelder in den Sand setzen kann, und das am Gemeinderat und am Volk vorbei. Den Stadtrat rufe ich auf, die Gemeindeordnung einzuhalten und weitere Beschlüsse dem Gemeinderat vorzulegen und dem auch transparent zu machen, für was das Geld ausgegeben wird. Sonst müsste man die Beschlüsse des Stadtrats anders einverlangen und die zukünftigen Beschlüsse anfechten."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Dieser Antrag lag dem Stadtrat nicht vor. Er hält selbstverständlich an seinem Antrag fest. Ich möchte hier nochmals darauf hinweisen, dass wir eine Volksabstimmung hatten, aus der der Stadtrat den Auftrag erhielt, mit den anderen Gemeinden alles zu unternehmen, um zu verhindern, dass ein Businessairport entsteht, und zu erreichen, dass man mit der Werkflugplatz Dübendorf AG ein Alternativkonzept zum Fliegen bringt. Wenn man sich ansieht, was man aktuell bereits erreicht hat. Und zwar bis anhin eigentlich ohne sehr viel Geld von Dübendorf, damals wurde eine Defizitgarantie über Fr. 1.3 bis 1.6 Mio. jährlich für alle drei Gemeinden, wenn das ein Betrieb wäre, wiederkehrend als Maximum gesprochen. Das erste Ziel, dass es keinen Businessairport gibt, ist bereits erreicht. Es gibt unterdessen den Flight Plan, es ist unterdessen der Gestaltungsplan Teil im Tun, in welchem das Konzept des Werkflugplatzes im Grundsatz verankert wird. Das heisst eigentlich hat der Stadtrat mit den Gemeinden bereits sehr viel erreicht. Von wegen der behördlichen Zustimmung: Der Kanton unterstützt das Konzept, wie es die Gemeinden entwickelt haben, unterdessen und hat dies im Flight Plan so festgehalten. Notabene ist der Flight Plan auch von Bundesseite, von Seiten Armee, also von allen beteiligten Playern unterzeichnet worden. Also die Willenserklärung könnte wahrscheinlich nicht mehr klarer sein von behördlicher Seite. Auch wenn formell noch kein Verfahren, SIL usw., abgeschlossen wurde. Aber es war immer klar: Man wird ein Verfahren, bis ein Zuschlag kommt, ob und bis dann geflogen wird, das ist ganz eine andere Dimension. Aber der Grundsatzentscheid, dass wir in die richtige Richtung kommen, ist längst gefallen und der Stadtrat wird, wenn das jetzt funktionieren sollte, im nächsten Frühling offen informieren können, wie die nächsten Schritte laufen. Es ist sehr vieles im Hintergrund gelaufen, das ist in der GRPK auch mehrfach erklärt worden. Wir haben auch einmal intern der GRPK-Vertretung alles offengelegt, was der Stadtrat macht im Interesse der Bevölkerung, die hier einen klaren Entscheid gefällt hat. Ich bitte auch die, die damals nicht einverstanden waren, diesen Entscheid der Bevölkerung zu respektieren. Es ist nun einmal so, dass wir mit wenig Geld arbeiten, aber trotzdem die WFD ist am Arbeiten. Der Stadtrat weiss ganz genau, für was das Geld eingesetzt wird, und wird dies Franken für Franken offenlegen. Da kann ich Ihnen versichern, wir haben schon sehr viel mehr Geld ausgegeben und weniger erreicht. Ich bitte Sie daher, diese Kürzung nicht vorzunehmen und dem Antrag von GRPK und Stadtrat zu folgen."

Diskussion

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

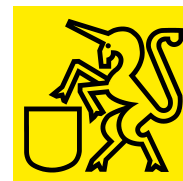
Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den Änderungsantrag der SVP mit 24 zu 13 Stimmen ab.

Das Kapitel 1 Präsidiales gilt als genehmigt, da keine weiteren Änderungsanträge mehr gestellt werden.

Kapitel 2 Finanzen, Kapitel 3 Hochbau, Kapitel 4 Tiefbau

Da weder die GRPK noch einzelne Ratsmitglieder Änderungsanträge zu diesen Kapiteln stellen, gelten das Kapitel 2 Finanzen, das Kapitel 3 Hochbau und das Kapitel 4 Tiefbau als genehmigt.



Kapitel 5 Sicherheit

Die GRPK stellt einen Änderungsantrag zu diesem Kapitel.

Änderungsantrag: Ersatz Fahrzeug Kauf statt Leasing

Konto 5200.506000.IR01308 (Mobilien) Stadtpolizei; Ersatz Fahrzeug Kauf statt Leasing

Antrag Stadtrat	Fr.	0.00		
Antrag GRPK	Fr.	100'000.00	(Abweichung: + Fr.	100'000.00 S)

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Aufgrund der Streichung des Leasings eines Fahrzeugs der Stadtpolizei in der Erfolgsrechnung, beantragt die GRPK Fr. 100'000 für den Kauf dieses Fahrzeugs ins Investitionsbudget einzustellen."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Der Stadtrat hat bereits bei Streichung des Leasings sein Einverständnis erklärt."

Diskussion

Lukas Schanz (SVP)

"Es ist wichtig, meine Damen und Herren, dass wir dem Leasing von Fahrzeugen einen Riegel geschoben haben. Ich hoffe, der Stadtrat merkt jetzt, dass dies der Gemeinderat nicht will, und verzichtet zukünftig von sich aus auf Leasing. Das kostet uns nämlich mehr, als wenn wir kaufen, und macht bei der finanziellen Lage der Stadt Dübendorf keinen Sinn."

Aber jetzt zu diesem Antrag: Es ist eigentlich üblich, dass der GRPK ein Steckbrief abgegeben wird, auf dem beispielsweise ersichtlich ist, wie alt das Fahrzeug ist und wie viele Kilometer damit gefahren wurden. Das hat der Stadtrat mit diesem Leasing umgangen und wir wissen bei dem Fahrzeug nicht, warum es ersetzt werden soll. Darum sagt die SVP-Fraktion nein zu diesem Fahrzeugkauf. Der Stadtrat kann nächstes Jahr einen Antrag mit den notwendigen Informationen bringen, in dieser Zeit wird das Fahrzeug wohl nicht fahrtauglich."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Änderungsantrag der GRPK mit 29 zu 10 Stimmen zu.

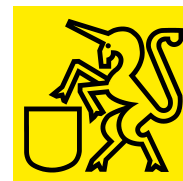
Änderungsantrag Semistationäre Messanlage

Konto 5200.506000.IR01217 (Mobilien) Stadtpolizei; Ersatzanschaffung semistationäre Messanlage

Antrag Stadtrat	Fr.	185'000.00		
Antrag SVP	Fr.	0.00	(Abweichung: - Fr.	185'000.00 S)

Lukas Schanz (SVP)

"Passend zur Weihnachtszeit kommt dieser Antrag ganz nach dem Motto «Alle Jahre wieder». Schon letztes Jahr wurde diese Radaranlage mit 21 zu 11 Stimmen aus dem Budget gestrichen. Ich möchte den Gemeinde- und den Stadtrat auf den vor kurzem verabschiedeten Massnahmenplan Klima hinweisen. Jetzt kann man sich fragen, was dies hiermit zu tun hat. Wir möchten Dinge, die einwandfrei funktionieren, einfach ersetzen. Das heisst, wir lassen Sachen produzieren, die es gar nicht zwingend braucht. Wenn die Befürworter des Massnahmenplan Klimas nicht zur absoluten Lachnummer werden wollen, müssen sie beginnen, konsequente Politik zu betreiben und eben auch einmal zu reparie-



ren, statt zu ersetzen. Also beginnen wir doch einmal bei der Radaranlage. Die kann immer noch einwandfrei eingesetzt werden und man munkelt, dass dies das eine oder andere Mitglied des Gemeinderates sogar getestet hat und dies somit bestätigen kann. Und auch wenn die Radaranlage einmal ein paar Wochen nicht eingesetzt werden könnte, würde Dübendorf deswegen nicht im Chaos versinken. Das merkt nicht einmal jemand und wir haben auch noch den schweizweit bekannten Smart und das mobile Lasergerät. Falls wir heute Abend trotzdem zustimmen sollten, bedanke ich mich beim Stadtrat für seine Bestätigung, dass bei einer Neuanschaffung nicht zwei Radaranlagen eingesetzt werden, sondern eben nur eine."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Ich möchte hier auch nicht die Situation verlängern. Ich bitte Sie, dem Antrag von Stadtrat und GRPK zu folgen und den Kredit im Budget zu belassen. Das Versprechen hat der Stadtpräsident der GRPK abgegeben. Sollte die alte Anlage noch funktionieren, werden trotzdem nicht zwei im Einsatz sein. Das möchte ich hier nochmals offiziell im Gemeinderat wiederholen, damit dies auch offiziell vom Stadtrat bestätigt ist. Ich bitte Sie also diesen Antrag abzulehnen, dem Antrag von Stadtrat und GRPK zu folgen und den Kredit im Budget zu belassen."

Diskussion

Theo Johner (die Mitte/EVP)

"Wir anerkennen, dass der Stadtrat hier mit den öffentlichen Finanzen in einer blöden Situation steht. Wenn er davon ausgeht, dass die Anlage demnächst nicht mehr funktioniert, ist es an und für sich richtig, dass er die Neuanschaffung budgetiert. Wenn er sie aber budgetiert, dann wird sie auch angeschafft, wenn sie noch funktioniert. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass man dies jetzt aus dem Budget streichen sollte. Und wenn er dann halt defekt ist, handelt es sich um eine Ersatzbeschaffung, die er im Ausredenkatalog der Rechnung begründen muss."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat lehnt den Änderungsantrag der SVP mit 20 zu 16 Stimmen ab.

Es gibt keine weiteren Änderungsanträge zum Kapitel 5 Sicherheit. Damit gilt das Kapitel als genehmigt.

Kapitel 6 Soziales

Da weder die GRPK noch einzelne Ratsmitglieder Änderungsanträge zu diesem Kapitel stellen, gilt das Kapitel 6 Soziales als genehmigt.

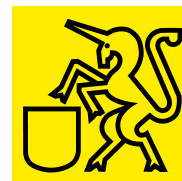
Kapitel 7 Bildung

Die GRPK stellt zur Bildung einen Antrag.

Änderungsantrag: Videoüberwachung Schulanlage Stägenbuck

Konto 7111.504000.IR01226 (Hochbauten) Schulanlage Stägenbuck, Videoüberwachung

Antrag Stadtrat	Fr.	250'000.00		
Antrag GRPK	Fr.	125'000.00	(Abweichung: - Fr.	125'000.00 S)



Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

"Der Betrag von Fr. 250'000 ist für die Gesamtüberwachung der Schulanlage Stägenbuck (Videoüberwachung) budgetiert. Die GRPK hat Verständnis für dieses Anliegen. Allerdings scheint der Betrag sehr hoch und die GRPK beantragt deshalb einstimmig, diesen zu halbieren und somit, um Fr. 125'000 zu kürzen. Umso mehr auch darum, weil die Primarschule ausführt, dass sich Primar- und Sekundarschule einig sind, dass die Kosten und das Projekt noch zu optimieren sind. Der GRPK ist nicht ganz klar, inwieweit die Kosten zwischen der Primar- und Sekundarschule aufgeteilt werden. Da wir hier von Kosten für die Gesamtüberwachung sprechen, wäre folglich, bei einer Beteiligung der Sekundarschule, der Betrag von CHF 125'000 für die Primarschule entsprechend zu reduzieren."

Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Ich glaube, die Differenzen sind nicht wahnsinnig gross. Der Stadtrat und die Primarschulpflege sind auch der Meinung, Fr. 250'000 sind zu viel. Das Konzept wird überprüft und gestrafft und es ist auch noch keine Ausschreibung oder Beschaffung erfolgt. Es ist auch klar, dass die Primarschule dies günstiger haben möchte. Ob allerdings die Fr. 125'000 ausreichen, ist nicht klar. Der Stadtrat hält in diesem Sinne an seinem Antrag fest, verspricht aber, dass die Fr. 250'000 sicher nicht ausgeschöpft werden sollen, es ist ein Investitionskredit, und man wird versuchen, dies so günstig, wie möglich, zu machen. Was schwierig ist, ist die Verrechnung mit der Oberstufe. Normalerweise budgetiert die Primarschule den gesamten Betrag und verrechnet danach mit der Oberstufe. Auch das ist dann in der Gesamtabrechnung ersichtlich. Wir gehen davon aus, dass es sein kann, dass die Fr. 125'000 reichen, aber wir wissen es nicht. Wir bitten Sie daher jetzt nicht eine Kürzung in der Investitionsrechnung vorzunehmen, sondern der Stadtrat wird dann in der Abrechnung sehen, dass er das Konzept möglichst günstig umsetzen kann. Aber wie gesagt: Das Konzept ist noch nicht fertig, darum können wir heute noch keine genauere Zahl sagen, als was die erste Schätzung war, aber das ist klar zu hoch. Das ist nicht der Wille der Umsetzung."

Leandra Columberg (SP)

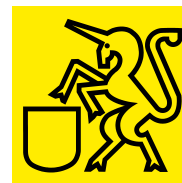
"Die SP ist der Videoüberwachung im öffentlichen Raum gegenüber generell sehr kritisch eingestellt. Die Videoüberwachung ist ein Grundrechtseingriff, der sorgfältig abgewogen werden muss. Und auch datenschutztechnisch kann es durchaus heikel werden. Ausserdem glauben wir nicht, dass durch die Videoüberwachung des öffentlichen Raums ein massgeblicher Beitrag in der Bekämpfung von Gewalt oder Vandalismus geleistet wird. Der Fokus muss unserer Meinung nach stärker auf der Prävention liegen. Wir anerkennen aber, dass es Seitens der Schulen gerade auch auf dem Schulareal ein Bedürfnis gibt, dem Vandalismus – darunter auch Sprayereien mit Gewaltdarstellungen – mit dieser Massnahme entgegenzuwirken. Wir sind daher für eine möglichst zurückhaltende Videoüberwachung, und das die kantonalen Datenschutzvorgaben strengst möglich umgesetzt werden. Die Videoüberwachung soll nicht einfach möglichst günstig, sondern auch möglichst sorgfältig und sicher sein. Wir möchten auch darauf verweisen, dass gerade die sozialpolitische Präventionsarbeit z.B. in der Jugendarbeit das Problem wirkungsvoller angeht, weil sie Ursachen bekämpft im Gegensatz zur Videoüberwachung, die primär Symptome bekämpft. Es ist leider so, das wissen wir auch, dass sich die Delikte und Vandalismus durch die Videoüberwachung eher verschiebt. Und es ist hoffentlich für die meisten von uns keine Option oder wünschenswert den gesamten öffentlichen Raum big-brothermässig zu überwachen. Wir sind daher auch für begrenzte Ressourcen und eine zurückhaltende Anwendung und unterstützen den Antrag der GRPK auf Kürzung."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der GRPK mit 38 zu 0 Stimmen zu.

Es gibt keine weiteren Änderungsanträge zum Kapitel 7 Bildung. Damit gilt das Kapitel als genehmigt.



Zwischenabstimmung betreffend Investitionsrechnung

Der Gemeinderat stimmt der Budgetierung betreffend Investitionsrechnung mit den soeben beschlossenen Änderungen mit 39 zu 0 Stimmen zu.

Steuerfuss

Paul Steiner (SVP), GRPK-Präsident

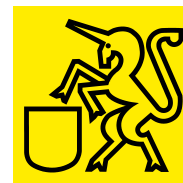
"Der Stadtrat beantragt einen unveränderten Steuerfuss von 78 Prozent und begründet das mit seiner vorausschauenden und nachhaltigen Finanzpolitik der letzten Jahre. Er führt weiter aus, dass die öffentliche Hand gerade in Zeiten mit instabiler Wirtschaftslage einen Beitrag leisten kann, indem sie das Wirtschaftssystem nicht zusätzlich mit Steuererhöhungen belastet. Die Mehrheit der GRPK folgt dem Antrag des Stadtrats und spricht sich für eine Beibehaltung des Steuerfusses bei 78 Prozent aus. Dass der Stadtrat den budgetierten Gewinn für Vorfinanzierungen verwendet, fand die Zustimmung der gesamten GRPK. Allerdings gab es auch Stimmen, die anlässlich der Steuerdebatte einbrachten, dass bei einem Überschuss von rund 30 Mio. auch dem Steuerzahler etwas zurückgegeben werden sollte."

Der Stadtrat verzichtet zum aktuellen Zeitpunkt auf sein Votum.

Lukas Schanz (SVP)

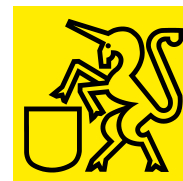
"Einleitend möchte ich gerade sagen, falls der Gemeinderat dem Antrag der SVP auf eine Steuerfussreduktion von 2 % zustimmt, werde ich einen Rückkommensantrag zur Erfolgsrechnung stellen, damit eine geringere Bildung der Vorfinanzierung beschlossen werden kann. Somit kann der Finanzvorstand schon den Teil, dass mein Antrag nicht zulässig ist, aus seiner Replik streichen und wir sparen Zeit."

Meine Damen und Herren, wir machen einen Gewinn von über Fr. 30 Mio. Es ist erfreulich, dass wir Geld für die Zukunft zur Seite legen und nicht ausgeben. Allein mit der Bildung der Vorfinanzierung werden wir in den nächsten rund 30 Jahren die Erfolgsrechnung jährlich um 1 Mio. entlasten. Ich habe in den vergangenen Jahren schon aufgezeigt, dass die Budgetierung unseres Finanzvorstandes eher einer Schätzung entspricht und wir immer ordentlich danebenliegen. Ich verzichte darauf, die Zahlen nochmals zu nennen. Der Finanzvorstand kann mir jetzt natürlich wieder vorwerfen, was ich mache, sei reines Kaffeesatzlesen. Dass ich aber seit meiner Zeit im Gemeinderat – und das sind jetzt doch auch schon 7 Jahre – näher an einem ausgeglichenen Ergebnis gewesen bin als er, kann man nicht wegdiskutieren. Jetzt kann man natürlich sagen, man stütze sich auf den Finanzplan. Wenn man diesen aber etwas genauer ansieht, dann ist beispielsweise bei der Primarschule eine Aufwandsteigerung von rund 7 Mio. – oder anders gesagt 14 % - mitberücksichtigt, wenn man die Hochrechnung 2023 mit dem Plan fürs 2025 vergleicht. Erklärt wird das nicht wirklich. Wenn der Stadtrat beim Finanzplan mehr Einnahmen berücksichtigt, werden einfach die Ausgaben erhöht und man kann sagen, eine Steuerfussreduktion liege nicht drin. Man kann sich generell fragen, wie seriös das Budget erstellt wird, wenn beim Stadtrat die Auflösung einer Vorfinanzierung von Fr. 631'400 einfach vergessen geht. Ich möchte nicht wissen, was für Fehler und Ungenauigkeiten sich beim Finanzplan eingeschlichen haben. Und jedes Jahr fallen alle Fraktionen ausser die SVP darauf rein. Aber ich verstehe Martin Bäumlle. Würden wir den Steuerfuss nochmals um 2 % senken, müsste er eingestehen, dass die SVP im Jahr 2016 recht hatte und eine Steuerfussreduktion um 10 % möglich gewesen wäre. Das ist natürlich schwierig. An die FDP-Fraktion möchte ich noch sagen, gemäss eurem Leitbild möchtet ihr – ich zitiere – "möglichst tiefe Steuern". Wenn ihr bei einem Gewinn von 30 Mio. keine Steuerfussreduktion möchtet, dann kann das nicht stimmen. Ich habe euch schon einmal darauf hingewiesen: Seid doch transparent und streicht das oder haltet euch an das Leitbild."



Stellungnahme Stadtrat, Finanzvorstand Martin Bäumle (glp/GEU)

"Auf das Risiko hin, dass ich heute Abend den Zug nach Bern verpasse, will ich nun noch ein zwei-stündiges Plädoyer halten... Spass beiseite. Zwei oder drei Sachen möchte ich schon festhalten: Wenn Sie diese Steuerfussreduktion beschliessen, ist ein Rückkommen auf die Erfolgsrechnung nötig, um die Einlage in die Vorfinanzierung um diesen Betrag zu reduzieren. Ich habe die Finanzlage im Eintretensvotum deutlich erläutert, die aktuell sehr gut aussieht und aufgrund derer man meinen könnte, es sei kein Problem den Steuerfuss, um weitere 2 % zu senken. Wenn man das Ganze aber langfristig betrachtet und sich besonders die Kurve zur Entwicklung der Grundsteuern zu Gemüte führt, dann hat man genau dasselbe in den 80er Jahren gemacht: Man hat gemeint, den Steuerfuss dank sehr hoher Grundsteuern einfach immer weiter senken zu können, und kam dann auf die Welt und musste sehr schnell erhöhen. Und dieser Jojo-Effekt ist für Investoren und unsere Bevölkerung und Firmen nicht attraktiv. Ein über längere Zeit stabiler Steuerfuss ist wesentlich sinnvoller. Ich möchte auch betonen, dass der Steuerfuss der Stadt Dübendorf aufgrund der Lage Dübendorfs ein rekordtiefer ist im Kanton Zürich. Er ist also nicht besonders schlecht. Die Kritik von Links kommt immer, dass wir uns tot sparen – das würde ich nicht unterschreiben - aber der Steuerfuss in Dübendorf ist sehr attraktiv. Ein wenig störend ist es, wenn die Finanzplanung als nicht seriös bezeichnet wird. Das trifft mich persönlich, nicht nur den Stadtrat. Ich möchte darauf hinweisen, dass immerhin fünf Szenarien enthalten sind und ich bitte die Gemeinderäte, auch die anderen Szenarien zu lesen. Genau das ist nämlich die Überlegung: Wir haben ein Basis-Szenario, von welchem wir annehmen, diese Entwicklung sei am wahrscheinlichsten. Dann gibt es jeweils andere Szenarien, wenn die Entwicklung anders verläuft. Und es ist so: Das diesjährige Basis-Szenario ist nicht mehr in allen Punkten die ideale Basis. Das wird aber durch die anderen Szenarien abgedeckt. Die meisten Jahre konnte ich in letzter Zeit immer klar sagen, welches Szenario wo abgedeckt ist. Dieses Mal haben wir auf der Aufwandseite eine relativ schlechte Entwicklung, es ist aber immer noch knapp in einem der schlechtesten Szenarien drin. Das heisst mit anderen Worten, es ist nicht so, dass man die Varianten nicht irgendwo in der Bandbreite gesehen hat. Nur ist es nicht erfreulich, wenn dann das in dieser Richtung eintritt. Von daher muss ich Ihnen klar sagen, der Finanzplan zeigt die möglichen Entwicklungen in Szenarien auf. Das Budget ist das, was wir real im Moment haben, und die Rechnung ist die Bescherung, die wir abnehmen müssen. Und nachdem wir nun festhalten müssen, dass verschiedene Investitionen getätigt worden sind oder getätigt werden – ich möchte es nochmals aufführen: Three Point, Speicher bei der Oberen Mühle, Hallenbad, Schulhaus Birchlen – das sind Finanzierungen, die wir stemmen müssen. Sie haben auch heute Abend Budgetverschlechterungen beschlossen. Es geht zwar noch auf mit der Vorfinanzierung, weil sie dort wegen einem Fehler aus der Verwaltung einen Teil aufgelöst haben und somit verschont davon sind, noch einen Zusatzantrag zu machen. Insgesamt muss man klar sagen, wer jetzt eine Steuersenkung beschliesst... – das hat überhaupt nichts damit zu tun, ob die SVP recht behält oder nicht - wir konnten diese beiden Steuersenkungen machen, aber in vertretbaren Schritten, die beide länger – eine vier, der andere sogar 12 Jahre - haltbar sind. Wir sehen das als eine nachhaltige Steuerpolitik an und möchten nicht ins Risiko gehen, weil es gut gehen könnte. Das ist nicht das, was wir unserer Bevölkerung und unseren Firmen entgegenbringen möchten. Sondern was wir an Steuersenkungen bringen, soll danach auch ein paar Jahre stabil sein. Und ich möchte diese Diskussion in diesem Saal nicht führen, dass wir wahrscheinlich auch einmal wieder eine Erhöhung beantragen müssen, weil all die Investitionen und Ausgaben getätigt werden müssen. Und auch diese Erhöhung möchte ich ebenfalls moderat halten können, damit wir dann nicht in eine schwierige Lage kommen. In diesem Sinne bitte ich sie, keine Steuersenkung auf Vorrat zu machen. Die Fr. 49 Mio., das ist ein einmaliges Ereignis. Nun zu meinen, man könne das verteilen, ist gefährlich, da es in den Finanzplänen in der Zukunft schon eingerechnet gewesen war, dass ein Teil dieses Geldes eintrifft. Sie haben auch in der GRPK gefragt, was in den nächsten Jahren an Grundsteuern zu erwarten sei. Es wird nochmals höhere Betreffnisse geben während der nächsten vier bis fünf Jahre, aber der Strom wird danach irgendwann zurückgehen, wie das auch schon passiert ist. Das ist fast so sicher wie das Amen in der Kirche. Wir wissen, wenn die



Entwicklung in gewissen Quartieren abgeschlossen ist, dann fliesst nicht mehr wahnsinnig viel an Grundsteuern. Und je nach Entwicklung der Weltlage kann es auch sein, dass die Grundstückpreise nicht mehr exorbitant explodieren. Es kann auch wieder einmal in die andere Richtung gehen. Auch das haben wir schon erlebt. Und das sind alles Aspekte, aus denen es Sinn macht, heute nicht nochmals schnell um zwei Steuerprozent zu senken. Wenn wir in zwei bis drei Jahren sehen, dass gewisse Kredite nicht umgesetzt werden oder wir haben Potential durch neue Steuerzahler, die uns ganz andere Beträge bringen, als wir das jetzt annehmen müssen, dann gibt es die Szenarien mit der Steuersenkung - diese waren bisher immer ohne Hallenbad – dann werden wir wieder einen Antrag stellen. Aber eben nur dann, wenn dies sicher vier bis fünf Jahre nachhaltig ist, was in diesem Budget nicht der Fall wäre. In diesem Sinne bitte ich Sie, beim Antrag Stadtrat zu bleiben."

Diskussion

Roger Gallati (FDP)

"Nur ganz kurz zum Hinweis von Lukas Schanz der SVP-Fraktion im Hinblick auf das Verhalten unserer Fraktion, wenn es um Steuersenkungen geht: Selbstverständlich steht die FDP ein für möglichst tiefe Steuern, aber genauso selbstverständlich schliesst dies nicht aus, dass man sich auch für einen nachhaltigen Steuerfuss einsetzt. Lukas Schanz und die SVP-Fraktion können natürlich trotzdem zurücklehnen. Wir werden dann schon wieder auf unseren Partner in der Fiskalpolitik zukommen und euch informieren, wenn es wieder einmal möglich ist, dass ihr dank uns wieder einmal eine Abstimmung gewinnen könnt."

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen oder Änderungsanträge.

Abstimmung

Der Gemeinderat folgt mit 28 Stimmen dem Antrag des Stadtrates und der GRPK. Der Antrag der SVP für einen Steuerfuss von 76 Prozent erhält 11 Stimmen. Somit legt der Gemeinderat den Steuerfuss für die politische Gemeinde Dübendorf fürs Jahr 2024 auf 78 Prozent fest.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem bereinigten Budget 2024 und einem Steuerfuss von 78 % für die politische Gemeinde Dübendorf mit 39 zu 0 Stimmen zu.

Beschluss

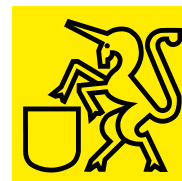
Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Budget des Politischen Gemeindegutes für das Jahr 2024 wird mit folgenden Änderungen genehmigt;

Konto 1110.301003 (Personaldienste) Quote für Besoldungserhöhungen (ohne ASZ und PS)
Erhöhung von Fr. 721'200.00 auf Fr. 1'086'200.00 (Abweichung: + Fr. 365'000.00 S)

Konto 1740.313000 (Energieplanung) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker etc.)
Kürzung von Fr. 30'000.00 auf Fr. 8'000.00 (Abweichung: - Fr. 22'000.00 S)

Konto 1790.313000 (Verkehrsplanung) Dienstleistungen Dritter externe Aufträge (Reinigung, Handwerker etc.)
Kürzung von Fr. 60'000.00 auf Fr. 0.00 (Abweichung: - Fr. 60'000.00 S)



Konto 5200.316100 (Stadtpolizei) Mieten, Benützungskosten Mobilien
Kürzung von Fr. 81'900.00 auf Fr. 57'000.00 (Abweichung: - Fr. 24'900.00 S)

Konto 7000.313099 (Primarschulverwaltung) Dienstleistungen Dritter diverse
Kürzung von Fr. 15'100.00 auf Fr. 10'100.00 (Abweichung: - Fr. 5'000.00 S)

Konto 7100.489300 (Schulliegenschaften und -Anlagen) Entnahmen aus Vorfinanzierungen
des Eigenkapitals
Erhöhung von Fr. 4'640'000.00 auf Fr. 5'271'400.00 (Abweichung: +Fr. 631'400.00 H)

Konto 7200.311800 (Schulbetrieb) Anschaffung immaterielle Anlagen
Kürzung von Fr. 216'400.00 auf Fr. 193'100.00 (Abweichung: - Fr. 23'300.00 S)

2. Den budgetierten Investitionen im Verwaltungs- und Finanzvermögen wird mit folgenden Änderungen zugestimmt;

Konto 5200.506000.IR01308 (Mobilien) Stadtpolizei; Ersatz Fahrzeug Kauf statt Leasing
Erhöhung von Fr. 0.00 auf Fr. 100'000.00 (Abweichung: + Fr. 100'000.00 S)

Konto 7111.504000.IR01226 (Hochbauten) Schulanlage Stägenbuck, Videoüberwachung
Kürzung von Fr. 250'000.00 auf Fr. 125'000.00 (Abweichung: - Fr. 125'000.00 S)

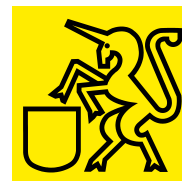
3. Eine Steuer für die Politische Gemeinde von 78.0% zu erheben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Nettosteuerertrages zu 100.0% von 80.5 Mio. Franken;
4. Den Stadtrat zu ermächtigen, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen, die notwendigen Darlehen aufzunehmen.

4. **Postulat Flavia Sutter (Grüne) und 9 Mitunterzeichnende „Schutz der Artenvielfalt“**
Antrag auf Abschreibung
GR Geschäft Nr. 99/2019
-

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) stellt den Gemeinderatsmitgliedern aufgrund der bereits weit fortgeschrittenen Zeit, wie bereits im letzten Traktandum angekündigt und mit Zustimmung der Postulantin Flavia Sutter, den Antrag, die Behandlung von Traktandum 4 auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmung

Dieser Ordnungsantrag wird mit 39 zu 0 Stimmen vom Gemeinderat angenommen.



Die Behandlung dieses Traktandums wird auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände eingebracht.

Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechts-sachen beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden kann.

Im Übrigen kann wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes sowie Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung oder Verletzung von übergeordnetem Recht, gestützt auf das Verwaltungsrechtspflegegesetz, innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster erhoben werden.

Schlussbemerkungen Gemeinderatspräsident Patrick Schärli (die Mitte/EVP)

Das Büro des Gemeinderates wird an seiner Sitzung vom 22. Januar 2024 die Traktandenliste für die nächste Gemeinderatssitzung vom 5. Februar 2024 festlegen.

Damit ist die 15. Sitzung des Gemeinderates der Legislaturperiode 2022-2026 geschlossen.

Schluss der Sitzung: 22:29 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls

Edith Bohli
Gemeinderatssekretärin

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Patrick Schärli
Gemeinderatspräsident